

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die 3gepaltene Petit-
zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Quisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Aussperrungstaktik der Scharfmacher.

Die Unternehmer der Großmetallindustrie sind stets unermüdet an der Arbeit, um die wirksamste Art der Bekämpfung und Niederringung der Gewerkschaften zu erfinden. Massenausperrungen nach verschiedenen Systemen, um die Klassen der Arbeiterverbände bankrott und die Arbeiter damit wehlos zu machen und Streikversicherung resp. Entschädigung auf Seiten der Unternehmer, um diese widerstandslos zu halten; das sind die Endresultate des fortwährenden Ausprobierens seitens der führenden Scharfmacher. Einen sehr interessanten Einblick hinter die Kulissen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustriellen gewährt ein schriftlicher Bericht, den im Sommer vorigen Jahres nach der Scharfmacherbewegung der zweite Vorsitzende Menck-Altona in einer Sitzung genannten Unternehmer-Verbandes am 11. August 1906 in Nürnberg vorgelegt hat. Dieses Aktenstück wird von der „Metallarbeiter-Zeitung“, Nr. 16, dem Organ des soziald. Met.-Verb. zum Abdruck gebracht und wir halten dasselbe wichtig genug, um es auch unsern Mitgliedern im Wortlaut zur Kenntnis zu bringen. Dasselbe lautet:

„In der Aussperrung vom 2. Mai 1906 wurde einstimmig ein Antrag angenommen, wonach der Vorstand Änderungen der Satzungen vorbereiten soll, nach welchen Aussperrungen über den ganzen Umfang des Gesamtverbandes mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden können. Diesem Beschluß entsprechend sind vom Referenten Grundsätze aufgestellt worden, nach welchem die beabsichtigten Änderungen der Satzungen vorgenommen werden könnten, und hat dann der Vorstand eine unverbindliche Beratung über diese Grundsätze am 21. Juli dieses Jahres abgehalten. Die Beratung hat zu einer Ergänzung der Grundsätze und zu dem Beschluß geführt, nurmehr eine ebenfalls unverbindliche Beratung im Ausschuß folgen zu lassen. Die Beratung hat den Zweck, zu ermitteln, auf welcher Grundlage wohl eine Einigung über die Satzungsänderung erzielt werden kann. Dazu ist es erforderlich, daß sich der Ausschuß mit verschiedenen Fragen beschäftigt, welche in nachfolgendem der Reihe nach vorgeschrieben werden sollen.

Die erste Frage, welche beantwortet werden muß, ist die, ob die Gesamtausperrungen nur nach prinzipiellen Gesichtspunkten oder auch nach Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen sollen.

Die am 14. Mai beschlossene, nicht zur Ausführung gelangte Gesamtausperrung hatte den Zweck, zwei prinzipielle Streitpunkte im Sinne der Arbeitgeber zu entscheiden. Der Beschluß führte zu einem Erfolg. Indessen hat der Verlauf der Angelegenheit gezeigt, daß der Gegner den Kampf um Prinzipien zu umgehen suchte. Bei ferneren Aufwerfen von Prinzipienfragen wird der Gegner zweifellos diese Taktik weiter ausbilden, er wird seine Forderungen in eine Reihe von Einzelforderungen auflösen, welche er an verschiedenen Orten verschieden formulieren wird, so daß es überhaupt schwer halten wird, ihn durch Prinzipienfragen zu stellen.

Dann hat es sich auch gezeigt, daß es auf unserer Seite schwierig ist, zu entscheiden, ob der Gegner in den Prinzipienfragen nachgegeben hat oder ob er die Prinzipienfrage in unzulässiger Weise in Einzelfragen aufgelöst hat. Ein Kampf um Prinzipienfragen kann notwendig und nützlich sein; und den Beschluß vom 14. Mai hat der Gesamtverband gewiß nicht zu bereuen, sondern er kann mit Befriedigung darauf zurücksehen. Indessen kann man

nicht ausschließlich um Prinzipienfragen kämpfen, weil der Gegner den Kampf um Prinzipien zu umgehen lernen wird und weil er nur immer neue Prinzipienfragen aufzuwerfen braucht, um den Gesamtverband in die Lage zu bringen daß er sich dauernd mit der Frage zu beschäftigen hat, ob all die neuen Prinzipien derartartig sind, daß sie auch auf das Stützglied der fahungsgemäß zu belämpfenden Prinzipienfragen gesetzt werden müssen. So etwas ist in der Praxis nicht durchführbar, es entspricht auch nicht den Traditionen des Gesamtverbandes, die von Prinzipienerei nichts wissen; deshalb empfiehlt es sich, das Mittel der Gesamtausperrung nicht nur für die Durchführung von Prinzipien, sondern auch für die Bedürfnisse des täglichen Lebens dienstbar zu machen, sie also auch aus Zweckmäßigkeitsgründen anzuwenden.

Zweitens muß die Frage beantwortet werden, nach welchem System ausgesperrt werden soll? Hierüber hat das erste Halbjahr 1906 Klarheit gebracht. Es hat gezeigt, daß, wenn eine Gesamtausperrung vorgenommen werden soll, der größere Teil der Mitglieder am liebsten zur Vollausperrung und der kleinere Teil der Mitglieder zu einer solchen hohen prozentualen Aussperrung schreitet, daß sie der Vollausperrung nicht fern steht. Es hat keinen Zweck, darüber nachzudenken, ob andere Aussperrungssysteme billiger oder wirksamer sind, weil sich keine Mehrheit für solche Aussperrungen finden wird. Man muß, wenigstens für die nächsten Jahre, nur mit der Vollausperrung operieren, weil für diese anscheinend die große Majorität vorhanden ist.

Man darf aber die Vollausperrungen nicht zu oft anwenden, weil sonst die große Majorität sich bald verlieren wird und man außerdem in Konflikt mit der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und den Regierungen geraten würde. Unerwünschte Vollausperrungen über den ganzen Gesamtverband wird man vermeiden, wenn man nach dem diesjährigen Vorgang erst dann zur Vollausperrung im Gesamtverband schreitet, nachdem die angegriffenen Bezirksverbände bereits geraume Zeit allein oder mit Unterstützung einiger anderer Bezirksverbände in sogenannter Gruppenausperrung gekämpft haben.

Bevor der Gesamtverband seinen Bezirksverbänden durch Gesamtausperrung zu Hilfe kommt, muß aber von Seiten des Gesamtverbandes eine Prüfung des Streitfalls erfolgen, denn ebenso wie die Bezirksverbände ihren Mitgliedern (den einzelnen Werken) erst dann Hilfe gewähren, nachdem sie den Streitfall geprüft haben, muß auch der Gesamtverband den Streitfall erst prüfen, bevor er seinen Mitgliedern (den Bezirksverbänden) Hilfe gewährt.

Es scheint zweckmäßig zu sein, daß nicht der Vorstand mit dieser Prüfung beauftragt wird, sondern daß der Vorstand nur die Aufgabe erhält, in jedem einzelnen Falle eine Vertrauenskommission zu ernennen, welche den Streitfall prüft und nach ihrem Ermessen alle nötigen Ermittlungen anstellt. Vorstand und Vertrauenskommission hätten dann in gemeinschaftlicher Sitzung zu beraten und ihre Vorschläge dem Ausschuß zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Dieses Verfahren würde sich dem Vorgang beim diesjährigen Formersstreik anschließen, wo aus Vertretern der betroffenen Verbände gewissermaßen eine Vertrauenskommission gebildet wurde, welche allein und auch im Verein mit dem Vorstand beraten hat.

Für die Gruppenausperrungen lassen sich schwerlich feste Regeln aufstellen, es wird sich in jedem einzelnen Falle wohl nur darum handeln können, ob sich Bezirksverbände finden werden, welche freiwillig dem angegriffenen Verbänden durch Mitaus-

sperrung zu Hilfe kommen. Indessen kann der Gesamtverband den mitausperrenden Verbänden durch eine reichliche Geldentschädigung auf Kosten der Allgemeinheit das Opfer, welches sie der Gesamtheit der Arbeiter bringen, erleichtern. Die letzten Aussperrungsverhandlungen im Ausschuß haben die nicht erfreuliche Tatsache erbracht, daß bei der Gesamtausperrung „Ausnahmen“ gemacht werden müssen, und mit dieser Tatsache muß man rechnen, so schlecht sie auch im Prinzip mit der Gesamtausperrung sich verhält.

Indessen, so wie es bei den letzten Beschlüssen gemacht worden ist, daß Ausnahmen ohne Gegenleistung bewilligt worden sind, kann es zum zweiten Male nicht wieder gemacht werden, weil sonst die ganze Gesamtausperrung sich in Ausnahmen verlieren würde. Es erscheint deshalb notwendig, daß den Ausnahmen eine Gegenleistung in solcher Höhe auferlegt wird, daß es in der Regel für die Firmen keinen Vorteil bringt, wenn sie von der Ausnahme Gebrauch machen. Tut man das, so kann man es jedem Mitglied freistellen, bei der Gesamtausperrung seiner Arbeiter Ausnahmen zu machen, weil durch die nicht zu niedrig gestellte Gegenleistung die Ausnahmen von selber auf einen mäßigen Stand gebracht werden. Die Gegenleistung für nicht geschehene Aussperrung kann selbstverständlich nur in einer Gelbzahlung bestehen, weil eine andere Gegenleistung nicht denkbar ist.

Wenn es im allgemeinen vorteilhafter sein soll, daß jedes Werk sich der allgemeinen Vollausperrung anschließt, so muß das Geldäquivalent für den nichtausgesperrten Arbeiter und Tag, für den sogenannten Manntag, auf mindestens 125 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der in dem betreffenden Werke beschäftigten Arbeiter bemessen werden. Um ein Beispiel zu bringen, so hätte eine Fabrik, deren Arbeiter einen durchschnittlichen Verdienst von 4 Mk. pro Tag haben, für den nichtausgesperrten Arbeiter pro Tag 5 Mk. als Geldäquivalent zu zahlen. Diese Geldäquivalente hätte der Gesamtverband einzuzahlen und an die Mitglieder pro rata der von ihnen ausgesperrten Arbeiter zu verteilen. Um wieder ein Beispiel zu bringen: Es hatten die Mitglieder bei einer Gesamtausperrung 300 000 Arbeiter wirklich ausgesperrt und für 30 000 Arbeiter wären Ausnahmen gemacht worden, für die 30 000 nichtausgesperrten Arbeiter käme nach aufgestellter Rechnung ein Äquivalent von 5 Mk. in Anrechnung, es wären demzufolge 30 000 mal 5 Mk. gleich 150 000 Mk. pro Tag an den Gesamtverband zu zahlen, welcher daraus für 300 000 ausgesperrte Arbeiter pro Tag 50 Pfg. als Entschädigung auszahlen kann. Sollte sich das Geldäquivalent von 125 Prozent des durchschnittlichen Taglohnes der betreffenden Fabrik pro Manntag in der Praxis als zu niedrig erweisen, weil von dem Rechte der Ausnahme zu sehr Gebrauch gemacht wird, so müßte das Äquivalent erhöht werden, vorläufig könnte man das Äquivalent wohl mit 125 Prozent versuchsweise festsetzen.

Es könnte nun der Anspruch erhoben werden, daß für nichtorganisierte, für Christliche, Kirch-Dunklerische oder sogenannte gelbe Verbände auch ohne Zahlung des Geldäquivalentes die Ausnahme gewährt werden möge, weil diese Arbeiter nicht auf Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen und man sie in die sozialdemokratischen Gewerkschaften hineintreiben würde, wenn man sie mitausperrt. Darauf ist zu entgegen, daß die Aussperrung dieser Arbeiter auch nicht verlangt werden soll, daß aber die Zahlung des Geldäquivalentes trotzdem für sie nicht erlassen

werden kann, weil die Ausperrung den ausperrenden Firmen sehr viel Geld kostet, da Verdienst und die Deckung der Generalunkosten verloren gehen und Schadenersatzansprüche und Verlust der Kundenschaft hinzukommen können.

Es kommt dann noch hinzu, daß, wenn man die Ausperrungspflicht nur auf die sozialdemokratisch organisierten beschränken würde, der Gegner seine Satzungen voraussichtlich so ändern wird, daß er diesen Schlag parieren kann.

Soweit wäre alles für die Vollausperrung über den ganzen Gesamtverband besprochen; es bleibt jetzt noch übrig festzustellen, was von den Bezirksverbänden als Vorausleistung zu beanspruchen ist, bevor der Gesamtverband zu einer Gesamtausperrung schreitet.

Table with 4 columns: Verband, Anzahl der während des Streiks ausgefallenen Manntage, Anzahl der während des Streiks ausgefallenen Manntage, Gesamtanzahl. Rows include Braunschweig, Breslau, Dresden, Hannover.

Rechnet man die aus der Tabelle nachgewiesenen Manntage auf Vollausperrungen um, so entsprechen dieselben einer Vollausperrung beziehungsweise einem Vollstreik von

- 26 Tagen für Braunschweig
26 Tagen für Breslau
25 Tagen für Dresden
25 Tagen für Hannover

oder von 25 Tagen für alle vier Verbände zusammengekommen, bevor die Hilfe des Gesamtverbandes einsetzt. Die vier ausperrenden Bezirksverbände gehören der Entschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller bei Arbeitseinstellungen an.

Will man eine erhebliche Vorausleistung der Bezirksverbände fordern, und das wird man nicht aufgeben dürfen, so müssen die Bezirksverbände sich also gegen Streiks und Ausperrungen versichern. Die bisherige Beteiligung der Bezirksverbände an der Entschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes erfüllt diese Bedingung nicht, was die nachstehende Tabelle zeigt.

Table with 3 columns: Name des Verbandes, Anzahl der beschäftigten Arbeiter, Davon sind der Entschädigungsgesellschaft beigetreten. Rows include Baden, Baden i. B., Koblenz, Koblenz, Baden, Mannheim, Baden, Karlsruhe, Berliner Metallindustrieller, Sigmaringen, Berlin.

Table with 3 columns: Name des Verbandes, Anzahl der beschäftigten Arbeiter, Davon sind der Entschädigungsgesellschaft beigetreten. Rows include Klempner, Berlin, Berliner Metallbildhauer, Hochsegerwerke, Berlin, Berliner Schildefabrikanten, Metallschraubenfabrikanten Berlin, Viele eld, Brandenburg (Cavell), Brandenburg-Landsberg (Warthe), Unterweiser-Bremen, Draunschweig, Chemischer Metallindustrieller, Dresdener Schlossereien, Kasseler Industrieller, Chemnitz, Dresden, Elbing, Ost- und Westpreußen, Emden, Odenburg-Ostriesland, Erfurt, Thüringen, Frankfurt (Main-Offenbach), Götting, Niederschlesien, Halle (Saale), Hamburg (el. techn. Betriebe), Danzig (Eisenindustrie), Hannover, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Stuttgart, Stuttgart.

Zu der Tabelle ist zu bemerken, daß die Zahlen in Kolonne a sowohl wie in Kolonne b die letzten Angaben sind, welche die Bezirksverbände gemacht haben. Die Zahlen in Kolonne b werden die genaueren sein.

Eine Streikversicherung in kleinerem Maßstab, welche aber nicht für Ausperrungen versichert, besitzt der Bezirksverband Leipzig. Der Magdeburger Bezirksverband hat noch eine Zuschußversicherung innerhalb seines Verbandes. Im übrigen ist nichts von Streikversicherung bei den Bezirksverbänden bekannt geworden.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Streikversicherung des Gesamtverbandes haben die Sicherheit erbracht, daß die Arbeitgeber damit auf dem richtigen Wege sind, es müssen nur die Erfahrungen noch weiter zu Verbesserungen der Satzungen ausgenutzt werden. Bei den vorjährigen Erfahrungen ist dies bereits geschehen, die diesjährigen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Entschädigungen nach einer steigenden Skala bemessen werden sollten, weil die Opfer, welche ein Streik oder eine Ausperrung fordern, mit der Dauer des Streiks oder der Ausperrung wachsen. Die jetzige Entschädigung der Gesellschaft des Gesamtverbandes von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes der Arbeiter eines Werkes pro Tag und streikenden oder ausgeperrten Arbeiter (den sogenannten Manntag) sollte weiterhin nur für die erste Woche gelten, und für jede weitere Woche sollte die Entschädigung um ein Zehntel der Entschädigung der ersten Woche steigen, bis zu 75 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes, also bis zum dreifachen Betrag der ersten Woche.

Man wird auch bei größeren Streiks oder Ausperrungen im allgemeinen besser tun, die Hilfe des Gesamtverbandes vorerst durch die verbesserte Streikversicherung zu bringen, so lange, bis man an einen Punkt gekommen ist, wo die Streikentschädigungen so hoch angewachsen sind, daß es vorteilhafter ist, aus diesen und vielleicht auch noch aus anderen Gründen die Gesamtausperrung zu beschließen, um den Kampf schnell zu Ende zu bringen. Wenn man zur Gesamtausperrung schreitet, dann hat die Streikversicherung zu ruhen, weil es keinen Zweck hat, noch weitere Ausperrungsunterstützung zu gewähren, wenn alle Arbeit ruht. Die Ausnahmen, welche bei der Gesamtausperrung zuzulassen sind, regeln sich durch das Geldäquivalent.

Der Übergang von der Abwehr durch Streikentschädigung zu der Abwehr durch Gesamtausperrung ist zu vergleichen mit einem Wechsel der Waf-

fen. So etwas tut man aus Zweckmäßigkeitsgründen wechselt man mit den Abwehrwaffen, man läßt die Streikentschädigung unter Umständen ruhen und greift zur Gesamtausperrung. Wenn man derartig mit den Waffen wechseln will, so müssen auch alle Mitglieder mit beiden Waffen versehen sein. Das ist aber, wie die vorhergehende Tabelle zeigt, bei der Streikversicherung bisher nicht der Fall gewesen. Es muß zugegeben werden, daß die ablehnende Haltung vieler Bezirksverbände gegen die Entschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes ihre Berechtigung hatte, denn die Errichtung dieser Gesellschaft war ein Sprung ins Dunkle. Jetzt ist es aber anders geworden. Man sieht jetzt klarer und mit dem Beitritt aller Mitglieder zu der Entschädigungsgesellschaft ist kein Risiko für die Neuzutretenden verbunden, sondern sie treten auf festem Boden.

Die Statistik unserer Entschädigungsgesellschaft und die Beobachtung, der Streikbewegung hat gezeigt, daß unsere Hauptgegner, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, bisher keine Kapitalien in großem Stile ansammeln, sondern daß sie ihre Einnahmen für jährlich wiederkehrende Streiks ausgeben. Im vorigen Jahre zählten wir an Streiks und Ausperrungen im ganzen Bereich des Gesamtverbandes 1270 000 Manntage und in diesem Jahre sind es bis 1. Juli 1090 000 Manntage. Da die Reihen des Metallarbeiter-Verbandes geschwächt sind, so vermuten wir, daß die Manntage dieses Jahres diejenigen des vorigen Jahres nicht übersteigen werden. Würden alle in der Tabelle obenstehend nicht aufgezählten Einzelmitglieder der Entschädigungsgesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller beitreten, so würden bei dem satzungsmäßigen höchsten Beitrag von 3 Mk. pro 1000 Mk. Löhne zirka 1 300 000 Mark bei der Klasse der Gesellschaft eingehen und diese imstande sein, die satzungsmäßige Entschädigung von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes für die obigen 1 270 000 Manntage voll zahlen zu können. Das gibt den Beweis, daß unsere Entschädigungsgesellschaft auf fest begründetem Boden steht.

Würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften dazu übergehen, jahrelang keine Streiks zu beginnen und dafür große Kapitalien für einen gewaltigen Streik zu sammeln, so müßte die Entschädigungsgesellschaft ebenfalls große Kapitalien ansammeln; da unsere Taktik sich aber nach der Taktik der Gegner richten muß und da der Gegner seine Einnahmen einseitig sofort wieder ausgibt, so ist für uns bis auf weiteres das Umgekehrte das richtige Verfahren.

Im vorhergehenden ist vorgeschlagen worden, daß die jetzige Streikentschädigung von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes pro Manntag nur für die erste Woche gelten solle und für jede folgende Woche um ein Zehntel der Entschädigung der ersten Woche bis zu 75 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes steigen sollte. Das erfordert natürlich höhere Beiträge. Es ist aber anzunehmen, daß der jetzige höchste Beitrag von 3 Mk. auf nicht mehr als 5 Mk. erhöht zu werden braucht, wenn die vorgeschlagene steigende Entschädigung satzungsgemäß festgesetzt wird. Ein Beitrag von 5 Mk. pro 1000 Mk. Löhne ist eine Last, welche die Metallindustrie auf sich nehmen kann und muß. Man braucht nur die Beiträge zur Unfallversicherung zu vergleichen, da findet man eine Belastung der Metallindustrie von 20 Mk. und mehr pro 1000 Mk. der arbeitsfähigen Löhne. Diese viel höhere Belastung trägt die Industrie zum Wohle der sie bekämpfenden Arbeiter, folglich muß sie auch 5 Mk. pro 1000 Mk. Löhne zu ihrem eigenen Wohle tragen können.

Es ist nun noch zu beachten, daß, wenn nicht alle Mitglieder des Gesamtverbandes der Entschädigungsgesellschaft beitreten, der höchste Beitrag höher als 5 Mk. sein muß. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Streiks und Ausperrungen des Jahres 1905 fast ausschließlich Fabriken betrafen, welche nicht der Entschädigungsgesellschaft angehörten, während im Jahre 1906 genau das umgekehrte Verhältnis stattfand. Deshalb hatte die Entschädigungsgesellschaft im Jahre 1905 leichtes Arbeiten, während sie im Jahre 1906 bei Einziehung der höchsten satzungsgemäßen Beiträge die Entschädigungen doch nicht voll auszahlen kann. Da man suchen muß, die Entschädigungen stets voll auszahlen, so muß man, wenn die Gesellschaft auch in Zukunft nicht alle Mitglieder des Gesamtverbandes umfaßt, den höchstzulässigen Beitrag erhöhen.

Es werden dann wie bisher Jahre mit Keinen Entschädigungen mit Jahren, welche große Entschädigungen erfordern, abwechseln, je nachdem, ob die Mitglieder des Gesamtverbandes, welche der Gesellschaft angehören oder die anderen Mitglieder des Gesamtverbandes, welche der Gesellschaft nicht angehören, in Kämpfe verwickelt werden. Aber auch hierbei wird sich eine gewisse Regelmäßigkeit zeigen, weil die Arbeiter eines Bezirkes, wenn sie jahrelang Beiträge an die Gewerkschaft geliefert haben, auch selber mal einen Streik arrangieren wollen, um durch erhoffte Lohnerhöhungen die Gewerkschaftsbeiträge wieder hereinzubekommen.

Immerhin muß die Entschädigungsgesellschaft durch ihre satzungsmäßigen höchsten Beiträge eine solche Schadenreserve haben, daß sie auch in Jahren, in denen alle Kämpfe sich im Gebiet der Entschädigungsgesellschaft abspielen, instande ist, ihre volle satzungsmäßige Entschädigung zu leisten. Beläßt man die Entschädigung auf der jetzigen Höhe, so ist der höchste Beitrag von 3 Mk. auf 6 Mk. zu erhöhen. Geht man aber zu der vorgeschlagenen steigenden Entschädigung über, so ist der höchste Beitrag auf 10 Mk. zu erhöhen. Diese erhöhten Beiträge beziehen sich auf den Fall, daß auch fernerhin ein großer Teil der Mitglieder sich von der Entschädigungsgesellschaft fernhält. Würden alle Mitglieder des Gesamtverbandes sich anschließen, so bräuchten die höchsten Beiträge nur 3 Mk. resp. 5 Mk. zu sein.

Wenn das Gesagte zusammengefaßt wird, so handelt es sich darum, ob es für zweckmäßig befunden wird, die satzungsmäßige Einführung der Gesamtausperrung durch einen Majoritätsbeschluß des Ausschusses von zwei Drittel aller Stimmen auf folgender Grundlage aufzubauen:

1. Die Gesamtausperrungen sollen nach prinzipiellen Gesichtspunkten, aber auch nach Zweckmäßigkeitsgründen erfolgen.
2. Die Gesamtausperrungen sollen Vollausperrungen sein, bei denen Ausnahmen nur gegen ein Geldäquivalent zugelassen werden dürfen.
3. Die Gesamtausperrung soll erst dann eintreten, nachdem die Bezirksverbände bereits geraume Zeit allein gekämpft haben und nachdem eine Vertrauenskommission des Gesamtverbandes den Streitfall geprüft hat.
4. Die allein kämpfenden Bezirksverbände und Einzelmitglieder sind durch eine alle Mitglieder des Gesamtverbandes umfassende Entschädigungsgesellschaft von der Gesamtheit zu unterstützen.
5. Die Entschädigung soll eine steigende sein, und zwar derart, daß sie Einzelmitglieder befähigt, einen langen Streik oder eine lange Ausperrung aushalten zu können.
6. Die Beiträge zu der Entschädigungsgesellschaft sind zu erhöhen und bis auf weiteres im Wege des Umlageverfahrens zu erheben.
7. Den angegriffenen Bezirksverbänden kann Hilfe durch eine freiwillig zusammentretende Gruppe gebracht werden, welcher der höchste Satz der Streikentschädigung (75 Prozent) von vornherein zugestimmt wird.

Ueber die vorstehenden Fragen soll nach Beschluß des Vorstandes am 11. August eine unverbindliche Aussprache im Ausschuss erfolgen. Der Vorstand hält eine Beratung dieser Angelegenheit in den Bezirksverbänden einstweilen für verfrüht und meint, daß es besser ist, daß vorerst die Ausschussmitglieder in unverbindlicher Weise ihre persönliche Ansicht austauschen."

Dieses Dokument des Scharfmachertums in Metallunternehmerkreisen empfehlen wir allen Mitgliedern zum eingehenden Studium. Für die christlich-organisierten Arbeiter ist es noch besonders interessant, weil in dem Schriftstück so drastisch zum Ausdruck kommt, wie die verhängnisvolle Taktik des sozialdem. Met.-Verbandes, stets die Klassen leer zu lassen, dem Scharfmachertum so äußerst gelegen kommt und weidlich von ihm ausgenutzt wird. Man sieht aber auch ferner aus diesen Auslassungen, wie genau die Industriellen über die Situation in der Gewerkschaftsbewegung unterrichtet sind und daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe auf Grund dieser Kenntnis der Schwächen innerhalb der Gewerkschaften, zu einem trostlosen Rechenexempel zu machen wissen. Diejenige Seite, die es am längsten aushält, die also die meisten Kapitalien angesammelt hat, die wird nach der Berechnung der Unternehmer stets als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen. Dieser Umstand muß unsere Metallarbeiter zu noch viel größerer Opferwilligkeit anspornen und sollte dem radikalen Draufgängertum im freien Lager aber auch

endlich ein Ende bereiten. Bei vernünftigem Vorgehen werden die Arbeiter stets das eine vor dem Unternehmer voraus haben, nämlich die Sympathien der öffentlichen Meinung, die auf den Ausgang eines Kampfes zwar nicht ausschlaggebend, aber doch von großem Einfluß sein kann. Und wenn die Metallindustriellen die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe zu einer genau berechneten kapitalistischen Machtsfrage machen wollen, so vergessen sie aber doch, daß schließlich der Arbeiter herzlich wenig zu verlieren hat, während aber dem Unternehmertum Millionen und die Kundschaft dabei verloren gehen können. Die Unternehmer haben hier doch mit einem ganz andern Risiko zu rechnen wie der Arbeiter und sie sollten deshalb schon in ihrem eigenen Interesse nicht jede einzelne Arbeiterforderung zu einer Kraftprobe durch Aufwerfung der Machtsfrage auswachsen lassen. Insofern werden die Metallindustriellen jedenfalls ihre Taktik noch oft nach Zweckmäßigkeitsgründen ummodellieren und den Verhältnissen anpassen müssen. Der Beschluß vom 20. März d. J., jetzt mit den Arbeitern zu verhandeln, ist ein deutlicher Beweis dafür. Hoffentlich wird diese bessere Erkenntnis weitere Fortschritte machen und dem brutalen Kampf durch gegenseitiges Verständigen die Spitze gebrochen. Das vorliegende Scharfmacherdokument aber muß für alle nichtorganisierten Metall- und Hüttenarbeiter ein Alarm- und Weckruf zum Anschluß an die Organisation sein, die ihnen allein Schutz und Halt gewährleisten kann.

Schutz gegen Bleivergiftung im Feilenhauer-Gewerbe.

Im Reichsamte des Innern sind die Gesundheitsverhältnisse der Feilenhauer auf Grund eingehender Erhebungen der Bundesregierungen näher geprüft worden. Dabei hat sich folgendes ergeben: In früheren Jahren wurde lediglich das weiche Blei als Unterlage beim Hauen der Feilen verwendet. Infolgedessen litten viele Feilenhauer an Bleivergiftung. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind schon seit geraumer Zeit bestrebt gewesen, die Feilenhauereierhalter zu veranlassen, in allen den Fällen, wo es aus technischen Gründen angeht, das Blei durch andere, ungiftige Metalle zu ersetzen. Sie haben damit Erfolg gehabt. Nach den Erhebungen verwenden jetzt etwa drei Viertel der Feilenhauereien entweder die weniger gefährlichen Bleizinnlegierungen oder Unterlagen aus Zinn oder Zink. Unterlagen aus reinem Blei werden nur noch in dem vierten Teile der Feilenhauereien benutzt. Die Zahl der Bleierkrankungen unter den Feilenhauern ist infolgedessen erheblich zurückgegangen. Von den etwa 7000 Arbeitern in Feilenhauereien wurden im Durchschnitt der 4 Jahre von 1901 bis 1905 jährlich 30,5 = 0,43 v. H. bleikrank befunden, während beispielsweise nach den seinerzeit angestellten Erhebungen von den Bleihüttenarbeitern 5,4 v. H. bleikrank waren. Die Bleivergiftungsgefahr der Feilenhauer ist demnach zur Zeit erheblich geringer, als vielfach angenommen worden ist. Da die Bleierkrankungen in Feilenhauereien nur auf die Übertragung durch die bleibeschmutzten Hände, nicht auf die Einatmung bleihaltigen Staubes zurückzuführen sind, so lassen sie sich durch ausreichende Sauberkeit der Feilenhauer fast ganz vermeiden. Infolgedessen und da das Blei für die Herstellung gewisser Arten von Feilen, z. B. Raspeln noch unentbehrlich ist, wurde von dem Erlass einer Bundesratsverordnung, welche die Verwendung von Blei zu Unterlagen beim Hauen der Feilen verbietet, Abstand genommen. Das geschah auch deshalb, weil eine Ueberwachung der Durchführung solcher Verordnung kaum durchführbar sein würde, da man den Unterlagen nicht ansehen kann, ob sie Blei enthalten. Um dies festzustellen, würde es einer chemischen Untersuchung jeder einzelnen Unterlage bedürfen. Dagegen sollen die Feilenhauer durch ein im Auftrage des Reichsamtes des Innern vom Kaiserlichen Gesundheitsamte bearbeitetes und herausgegebenes Merkblatt auf die ihnen drohende Bleivergiftungsgefahr und auf die zu ihrem Schutze notwendige Sauberkeit aufmerksam gemacht werden. Dieses Merkblatt ist nunmehr erschienen und bringen wir dasselbe anschließend zum Abdruck:

Merkblatt für Feilenhauer.

(Herausgegeben vom Kaiserlichen Gesundheitsamte). Die Verwendung von Unterlagen (Gesentzen) aus Blei oder Gemischen (Legierungen) aus Blei mit anderen Metallen hat in der Feilenhauerei schon wiederholt zu Bleivergiftungen geführt. Auch die angeblich aus Zinn hergestellten Unterlagen enthalten meist recht bedeutende Beimengungen von Blei und sind dann ebenfalls gesundheitsgefährlich.

Die Feilenhauer sind der Gefahr, an Bleivergiftung zu erkranken, um so mehr ausgesetzt, je stärker der Bleigehalt der Gesentze ist, mit denen sie arbeiten.

Die Bleivergiftung, kommt bei ihnen gewöhnlich dadurch zustande, daß metallisches Blei, wenn auch nur in geringer Menge, durch Vermittlung der bleibeschmutzten Hände beim Essen, Trinken oder beim Rauchen, Schnupfen und Rauhen von Tabak in den Mund aufgenommen wird.

Die Folgen dieser Bleiaufnahme machen sich nicht alsbald bemerkbar; sie treten vielmehr erst nach Wochen, Monaten oder selbst Jahren auf, nachdem die in den Körper gelangten Bleimengen sich soweit angehäuft haben, daß sie Vergiftungserscheinungen hervorzubringen instande sind.

Worin äußert sich die Bleivergiftung? Die ersten Zeichen der Bleivergiftung, pflegen in einem blaugrauen Saume am Zahnsfleisch, Bleisaum genannt, und in einer durch Blässe des Gesichtes und der Lippen sich kundgebenden Blutarmut zu bestehen. Die weiteren Krankheitserscheinungen sind sehr mannigfaltig. Am häufigsten tritt die Bleikolik auf. Der Kranke empfindet heftige Krampfartige, von der Nabelgegend ausgehende Leibschrmerzen (Kolikschmerzen); der Leib ist eingezogen und hart; dabei bestehen häufig Erbrechen und Stuhlverstopfung, fetter Durchfall. In anderen Krankheitsfällen zeigen sich Lähmungen; sie betreffen gewöhnlich diejenigen Muskeln, durch welche das Strecken der Finger besorgt wird, und treten meistens an beiden Armen auf; ausnahmsweise werden auch andere Muskeln an den Armen oder Muskeln an den Beinen oder am Kehlkopf befallen. Mitunter äußert sich die Bleivergiftung in heftigen Gelenkschmerzen; vor ihnen werden meist die Kniegelenke, seltener Gelenke an den oberen Gliedmaßen ergriffen. In besonders schweren Fällen treten Erscheinungen einer Erkrankung des Gehirns auf (heftige Kopfschmerzen, allgemeine Krämpfe, tiefe Bewußtlosigkeit oder große Unruhe, Erblindung). Endlich steht die Bleivergiftung mit dem als Schrumpfnieren bezeichneten schweren Nierenleiden und mit der Gicht in einem ursächlichen Zusammenhange. Bei bleikranken Frauen sind Fehl- oder Totgeburten häufig. Lebend zur Welt gebrachte Kinder können infolge von Bleisichtum einer erhöhten Sterblichkeit in den ersten Jahren unterliegen. Von bleikranken Frauen an der Brust genährte Kinder werden mittels der Milch vergiftet.

Abgesehen von den schweren, mit Gehirnerscheinungen einhergehenden Fällen, welche nicht selten tödlich verlaufen, pflegen die Bleivergiftungen meist zu heilen, wenn die Kranken sich der weiteren schädigenden Einwirkung des Bleies entziehen können. Die Heilung tritt nach mehreren Wochen oder in schweren Fällen auch erst nach Monaten ein.

Den wirksamsten Schutz vor Bleierkrankungen verleihen Sauberkeit und Mäßigkeit. Personen, welche ohne gerade zu den Trinkern zu gehören, geistige Getränke in reichlicher Menge zu sich zu nehmen pflegen, sind der Bleivergiftungsgefahr in höherem Maße ausgesetzt als enthaltzamere. Branntwein sollte namentlich während der Arbeitszeit, nicht genossen werden. In bezug auf die Sauberkeit müssen die mit bleihaltigen Gesentzen arbeitenden Feilenhauer ganz besonders peinlich sein und dabei vornehmlich folgendes beobachten:

1. Da Verunreinigungen der Hände mit metallischem Blei nicht gänzlich zu vermeiden sein werden, ist das Rauchen, Schnupfen und Rauhen von Tabak während der Arbeit zu unterlassen.
2. Die Arbeiter dürfen erst dann Speisen und Getränke zu sich nehmen oder die Arbeitsstätte verlassen, nachdem sie zuvor die Hände mit Seife, wenn möglich mit Bimsstein- oder Marmorseife, gründlich gewaschen haben. Läßt sich das Trinken während der Arbeit ausnahmsweise nicht vermeiden, so sollen die Ränder der Trinkgefäße nicht mit den Händen berührt werden.

Erkrankt ein mit bleihaltigen Gesentzen arbeitender Feilenhauer trotz dieser Vorsichtsmaßregeln unter Erscheinungen, welche den Verdacht einer Bleivergiftung (siehe oben) erwecken, so soll er in seinem und in seiner Familie Interesse die Hilfe eines Arztes sogleich in Anspruch nehmen und diesem gleichzeitig mitteilen, daß er mit bleihaltigen Unterlagen zu arbeiten gehabt hat.

Schleifer-Merkblatt.

Herausgegeben vom Kaiserlichen Gesundheitsamte. Der gefährlichste Feind des Metallschleifers ist der Staub, der beim Schleifen der

Schleifsteine und bei den Arbeiten an trockenen Schmirgelsteinen und Schmirgelscheiben sich bildet. Er besteht aus feinsten Metall-, Sandstein- oder Schmirgeltailchen, die sehr hart sind, scharfe Kanten und spitze Ecken haben. Wird dieser Staub eingeatmet, so kann er die zarte Schleimhaut der Atmungswege reizen und verwunden.

Die Einatmung des Staubes ist anfänglich mit nur geringen Beschwerden, meist nur mit einem Gefühl von Kitzel oder von Trockenheit im Hals verbunden. Die Arbeiter sind daher leicht geneigt, die Gefahr zu unterschätzen und die gebotenen Vorsichtsmaßregeln außer acht zu lassen.

Der eingeatmete Staub lagert sich in der Lunge ab und verursacht dort allmählich hartnäckige Katarthe und schleimende Entzündungen, die sich zunächst durch Husten und Auswurf, später auch durch Stechen in der Brust, Appetitlosigkeit, Mattigkeit und Kurzatmigkeit (Schleiferasthma) anzeigen.

Für die Gesundheit des Schleifers ist es daher von größter Bedeutung, daß er die Einatmung von Staub nach Möglichkeit vermeidet. Insbesondere haben sich die Schleifer beim Schärfen der Schleifsteine, sofern nicht das Schärfen mittels einer mechanischen Vorrichtung unter Wasserberieselung erfolgt, tunlichst vor Staubeinatmung zu schützen. Die Bildung von Staub beim Schleifen kann am einfachsten durch Befenchung des Materials vermindert werden. Muß trocken geschliffen werden, so ist darauf zu achten, daß die Abfangvorrichtungen während der Arbeit sich stets in ordnungsmäßigem Betriebe befinden und gut gedichtet sind. Der Umhüllungsstutzen für die Schleif- und Polierscheiben darf nur so weit offen gehalten werden, als die Arbeit es erfordert.

Der Schleifer sollte bei der Arbeit immer durch die Nase, niemals durch den Mund atmen. Bei behinderter Nasenatmung oder länger dauernder Verstopfung der Nase sollte ärztlicher Rat eingeholt werden.

Da der Schleifer bei der Arbeit starker Verschmutzung ausgesetzt ist, sollte er eine besondere Arbeitskleidung tragen, die häufig gereinigt werden muß. Bei der Arbeit geistige Getränke, insbesondere Branntwein, zu sich zu nehmen, vermeide er, weil sie ihm nicht Kraft geben, sondern nur Schaden bringen.

Eine nach vorn übergebogene Haltung ist bei der Arbeit zu vermeiden, weil dabei die Lungen in ihrer Ausdehnung behindert werden und infolgedessen leichter erkranken können.

Wenn ein Husten nicht bald von selbst verzieht, sollte der Schleifer nicht säumen, ärztliche Behandlung nachzusuchen, damit der Gefahr einer Erkrankung an Lungen schwindel vorgebeugt wird.

Wer an Husten leidet, sollte mit seinem Auswurf sorgfältig umgehen, insbesondere nicht auf den Fußböden hupfen, sondern womöglich in Spünapfäße mit feuchter Füllung. Andernfalls können Krankheitserreger, insbesondere Tuberkelbazillen, die in dem Auswurf enthalten sind, beim Eintrocknen und Verstäuben des Auswurfs in die Atmungsluft und mit dieser in die Lungen anderer Personen gelangen und bei diesen gleichfalls Erkrankungen hervorrufen.

Aus den christlichen Gewerkschaften.

Der Anschluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hielt am 3. und 4. April d. J. in Köln eine Sitzung ab, die sich mit folgender Tagesordnung zu beschäftigen hatte:

Bericht des Vorstandes; — Jahresetat des Gesamtverbandes pro 1907; — Geschäfts- und Kassenführung in den christlichen Gewerkschaften; die Organisation der Dienstboten; — Der Vorstand hielt seit dem Breslauer Kongress neun Sitzungen ab. Er beschäftigte sich u. a. mit folgenden Gegenständen: die Vorgänge im Buchdruckergerichte hinsichtlich des Organisationsvertrages, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die Gemeinschaftliche Aktion mit den konfessionellen Arbeitervereinen, die Besetzung des bayerischen Sekretariats, das italienische Sekretariat, die Reichstagswahl, die Herausgabe eines Jahrbuches u. Bei künftigen Wahlen zum Reichstag sind schärfere Richtlinien für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften geboten. Gelegentlich wird der Ausschuss des Gesamtverbandes wieder darauf zurückkommen. Das Jahrbuch, das im vorigen Jahre herausgegeben werden sollte, wird nunmehr im kommenden Herbst und für die Folge alljährlich erscheinen. Mehrere an den Breslauer Kongress gestellte Anträge wurden dem Ausschuss des Gesamtverbandes zur Erledigung überwiesen. Darüber ist zu berichten: Die internationale Gewerkschaftskonferenz wird voraussichtlich im Verlaufe des kommenden Jahres zusammenzutreten. Die Herausgabe von Broschüren über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist zunächst nicht beabsichtigt. Die Vertrauens-

leute der christlichen Gewerkschaften sammeln sich am besten selbst das bezügliche Material. Zudem sind von anderer Seite über dieses Kapitel in letzterer Zeit verschiedene kleinere Schriften erschienen. Der Herausgabe christlicher Gewerkschaftsliteratur wird das erforderliche Augenmerk zugewendet. Das Generalsekretariat soll immer mehr zu einer Beobachtungsstation der deutschen Arbeiterbewegung ausgebaut werden. Die Herausgabe einer Arbeiterinnenzeitung erscheint noch verfrüht. Zur Zeit sind ca. 20 000 Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften organisiert, wovon mehr als 90% auf die Verbände der Textilarbeiter, Tabakarbeiter und Heimarbeiterinnen entfallen. Letztere verfügen heute schon über ein Organ mit weiblicher Redaktionsführung. Die Textilarbeiter und Tabakarbeiter werden sich bemühen, ihr Organ etwas mehr den Wünschen der Arbeiterinnen anzupassen. Auch mit der Ausbildung von Arbeiterinnen hat es seine Schwierigkeiten. Dennoch sollen die Verbände tun, was möglich erscheint. Der Antrag: „dem Reichstage ist eine Resolution zu unterbreiten, dahingehend, daß den Gewerbeinspektoren und deren Stellvertretern das Recht eingeräumt wird, in denjenigen Orten, an denen kein Gewerbegericht existiert, bei Streiks und Ausperrungen die streikenden Parteien zu einer Sitzung zusammenzuberufen. Beide Parteien müßten bei Androhung von Strafen zum Erscheinen gezwungen werden können“, wird dahin erledigt, daß demnächst bei Beratung des Etats des Inneren im Reichstag ein Kollege denselben vertritt. Der Etat des Gesamtverbandes wird in der aufgestellten Form genehmigt. Beschlossen wird, auf dem Generalsekretariat, sowie für Thüringen einschließlich des Königreichs Sachsen und für Norddeutschland weitere Sekretäre anzustellen, dafür aber die Zuschüsse, die hieher an mehrere Sekretariate geleistet wurden, aufzuheben.

Ueber die Geschäfts- und Kassenführung in den christlichen Gewerkschaften sprach ein Kaufmann, der vorher zu diesem Zwecke an den Zentralstellen der größeren Verbände entsprechende Einsicht nahm. Eine Ausstellung des Geschäftsmaterials der einzelnen Verbände war mit diesem Gegenstand verbunden. Es wurden reichliche Fingerzeige gegeben über die Abwicklung der laufenden Geschäfte, die Registratur, die zweckmäßige Handhabung der Kapitalien u. Des Ferneren wurde eine Kommission eingesetzt, die an Hand des in den verschiedenen Verbänden gebräuchlichen Geschäftsmaterials möglichst Vorschläge zur größeren Vereinheitlichung und Vereinfachung der Formulare und Geschäftsbücher ausarbeiten soll. Die Dienstbotentrage wurde durch zwei Referate eingeleitet. Sowohl aus diesen sowie aus der denselben sich angeschlossenen Diskussion wurde die Schwierigkeit der ganzen Materie erst richtig aufgefaßt. Es empfahl sich daher noch nicht, daß der Gesamtverband sich für irgend eine Organisationsform festlegte. Der Vorstand wurde vielmehr beauftragt, eine Konferenz mit den Vorständen der Franzosenverbände leider Konfessionen zu beantragen, und erst nachdem diese getagt, seine Entschlüsse zu treffen.

Der Verband der christlichen Tabakarbeiter

hielt vom 12. bis 14. April seine vierte Generalversammlung in Frankfurt a. M. ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm Generalsekretär Stegerwald-Köln an den Verhandlungen teil. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes in der zweijährigen Berichtsperiode ersichtlich. Die Mitgliederzahl ist von 2179 am 1. Januar 1905 auf 7638 (darunter 3040 weibliche), am 31. Dezember 1906, somit um 5459 gestiegen. Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtsperiode 72 065 Mk., die Ausgaben 70 344 Mk. Herausgabe wurden u. a.: an Steif- und Gemahreselsteunterstützung 33 600 Mk., sonstige Unterstützungen 1366 Mk., Verbandsorgan 6147 Mk., Agitation 7957 Mk. usw. Der Verband beteiligte sich im letzten Jahre an der in Berlin veranstalteten Heimarbeit-Ausstellung, die kürzlich dem Reichstage zugegangene Vorlage, betreffend Heimarbeit in der Tabak-Industrie ist wohl durch obige Ausstellung beschleunigt worden. An der Besserstellung seiner Mitglieder hat der Verband insbesondere im letzten Jahre sehr erfolgreich gewirkt. In 78 Orten und 146 Betrieben war der Verband mit 3440 Mitglieder an Lohnbewegungen und Kämpfen beteiligt, die meist für die Arbeiter erfolgreich verliefen. Die Generalversammlung nahm eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsweises vor. Der seitherige Wochenbeitrag von 20 Pfg. für männliche und 15 Pfg. für weibliche Mitglieder hat sich zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes als unzulänglich erwiesen. Es wurde die Einführung von Stufenbeiträgen von 15 Pfg. wöchentlich für jugendliche bis zu 60 Pfg. für erwachsene männliche Arbeiter beschlossen. Für die höheren Beitragsklassen wurde die Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Zu dem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf

betreffend die Herstellung der Zigarren in der Hausarbeit nahm die Generalversammlung Stellung. Der Gesetzentwurf, insbesondere des § 4, der die Herstellung von Zigarren in Schlafräumen verbietet, wurde als Fortschritt begrüßt, doch ist die Generalversammlung der Meinung, daß nur durch ein völliges Verbot der Heimarbeit in der Tabakindustrie die Interessen der Produzenten und Konsumenten ausreichend gewahrt werden können. Der seitherige Vorsitzende des Verbandes, Herr Sammann-Rees, wurde wiedergewählt; an der Zentralstelle des Verbandes wurde ein weiterer Beamter angestellt. Alles in allem ein Bild des Fortschritts im Lager der christlichen Gewerkschaften.

Der Gutenbergbund,

die vor einiger Zeit dem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften beigetretene Buchdruckerorganisation, hielt in den Tagen vom 29. bis 31. März in Halle a. d. S. seine 8. Generalversammlung ab. Derselben wohnten 33 Delegierte, 7 Mitglieder des Hauptvorstandes und als Vertreter des Gesamtverbandes Generalsekretär Stegerwald-Köln bei. Neben der Besprechung des Geschäftsberichtes bildeten die Hauptverhandlungsgegenstände „der Anschluß des Gutenbergbundes an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften“ und „die Stellungnahme des Gutenbergbundes zum Tarif und zum Organisationsvertrag“. Der Bund hatte Ende 1906 2762 Mitglieder. Die Einnahmen des G.-B. betragen im Jahre 1906 Mk. 106 498, die Ausgaben Mk. 66 198, der Bestand bei der Hauptkasse Mk. 285 858. Dazu kommen noch ca. Mk. 100 000 Lokalfassenbestand. Veranschlagt wurden u. a. an Krankengeld Mk. 23 107, Arbeitslosen- und Heimunterstützung Mk. 12 797, Invalidenunterstützung Mk. 4223, Anzugskosten Mk. 1530, Sterbegeld Mk. 1520, Verbandsorgan Mk. 7848, Agitation Mk. 3097 u. In zwölfjähriger Wirksamkeit zahlte der Gutenbergbund Mk. 430 369 an Unterstützungen aus. Der Titel des Bundes wurde wie folgt umgeändert: Gutenberg-Bund, Vereinigung deutscher Buchdrucker (vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen). Der Beitrag wurde um 10 Pfg. wöchentlich erhöht und dafür ein Sekretär an der Zentrale angestellt. Der Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wurde gutgeheißen und an das Tarifamt der Buchdrucker soll der Antrag um Aufnahme in den Organisationsvertrag gestellt werden.

Gewerkschaftssekretäre für den Gesamtverband gesucht.

Folgende Stellen werden hierdurch zur Besetzung ausgeschrieben. Die Bewerber müssen längere Zeit einem dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände angehören.

1) Für das Generalsekretariat in Köln wird eine Kraft gesucht, die die deutsche Arbeiterbewegung gründlich beherrscht und insbesondere auch zu literarischen Arbeiten sich eignet.

2) Zur Bearbeitung der Thüring'schen Kleinrenten sowie des Königreichs Sachsen wird ein Sekretär gesucht, der in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht bereits Erfolge aufzuweisen vermag oder mindestens schon längere Zeit als Zahlstellenleiter oder Vertrauensmann wirkte.

3) Desgleichen wird für Norddeutschland (Bremen, Hamburg, Lübeck, Kiel) ein Sekretär gesucht unter denselben Voraussetzungen wie ad 2.

Die Anstellung erfolgt zunächst für ein Jahr provisorisch. Bewerbungen sind mit Angabe der Gehaltsansprüche sowie einer Beschreibung über die seitherige Wirksamkeit bis spätestens 11. Mai an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes Köln, Palmstraße 14, einzusenden.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

J. A.:
E. M. Schiff er. A. Stegerwald.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Der Wairummel

hat einer weiteren furchtbar schweren Stoß erlitten und wird wohl bald ganz in die sozialistische Kumpellammer wandern. Angesichts der vielen Massenansammlungen (a. der sozialdemokratische Parteivorstand in seinem Wahlereifer zur Vorpost gemahnt. Ueberall dort, wo die Gewißheit besteht, daß die Wairummel zur Ausperrung führen würde, wird den Genossen empfohlen, von der Arbeiterruhe am 1. Mai abzugehen. Das ist eine Schwächung der Parteileitung und zweifellos auf

den stärker werdenden Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften zurückzuführen. Das sozialdemokratische Korrespondenzblatt der Generalkommission ist denn auch von dieser Rücksichtnahme auf die Klassen der Gewerkschaften sehr befriedigt und erteilt dem Parteivorstand (Nr. 16) eine ausnahmsweise gute Note: „Dem Parteivorstand gebührt für diese verantwortungsvolle, richtiger Erkenntnis der gegenwärtigen Situation entspringenden Initiative volle Anerkennung. Wir hoffen, daß diese dringende Mahnung zur Vorsicht in den Kreisen unserer Genossen ernste Beachtung finden wird“. Anders denken jedoch die radikalen Waischwärmer, die dem sozialdemokratischen Parteivorstand für diese Verwässerung oder Preisgabe der Maifeier den Text lesen. Das sozialdemokratische „Saarburger Volksblatt“, nennt den Rat, dort, wo die Gewißheit einer Ausperrung besteht, unter den obwaltenden Umständen von der Arbeitsruhe abzusehen, eine „ungeheuerliche Empfehlung“ und meint, damit sei die Maifeier „einfach hinfällig geworden“, vom Parteivorstande „einfach zu einer Farce herabgedrückt“ und „endgültig begraben“. Die sozialdemokratische „Frankfurter Tagespost“ begrüßt zwar den Ausruf als einen „weiteren ehrenvollen Schritt auf dem Wege des vollständigen Ausgleichs zwischen Partei und Gewerkschaften“, denn der Parteivorstand stelle sich jetzt mit der denkbar größten Entschiedenheit auf den noch vor kurzem so leidenschaftlich umstrittenen Standpunkt der Gewerkschaften. Das Blatt vermag aber nicht einzusehen, „warum eine Form des Ausrufs zur Maifeier gewählt wurde, die einer Warnung vor der Maifeier in einigen Sätzen verzeihlich ähnlich sieht“. Wenn die Gewißheit einer Ausperrung künftig ein zwingender Grund zur Unterlassung der Maifeier sein sollte, so bedeutet das „die Beseitigung der Maifeier überhaupt, soweit die Arbeitsruhe in Betracht kommt“. Darin mag das sozialdemokratische Blatt Recht haben und das wird auch kein vernünftiger Mensch bedauern. Die ernstdenkende Arbeiterschaft hat die Maifeier stets als Blödsinn betrachtet und wird ihr keine Träne nachweinen.

Wescheidenheit der Fachabteiler.

Die Fachabteilung der Metallarbeiter in Burbach (Saar) hat es mit allem Würgen und krampfhaften Anstrengungen seit dem Jahre 1904 jetzt glücklich auf hundert Mitglieder gebracht. So berichtet das Berliner Organ der Fachabteilungen (Nr. 9) und nennt das einen „schönen Fortschritt“. „Die Wahrheit wird und muß zum Siege führen“ heißt es weiter in dem Bericht und das ist auch unsere Hoffnung, die ja speziell im Saargebiet schon teilweise in Erfüllung ging. Während der christliche Metallarbeiterverband im Saargebiet Tausende von Mitgliedern zählt, hat die Burbacher Fachabteilung der Metallarbeiter in drei Jahren den „schönen Fortschritt“ von 100 Mitgliedern zu verzeichnen. Sonst waren die „Berliner“ nicht so bescheiden, anscheinend wollen sie sich jetzt bessern. Das läßt sich auch aus einem Zwischenfall im Reichstag folgern. Dort redete kürzlich der bei der letzten Wahl gewählte Führer der Fachabteilungen, Hr. Dr. Fleischer in seiner Jungfernsrede den Reichstag als „hochansehnliche Festversammlung“ an und erzielte damit eine nicht gewollte bröhnende Lachsalbe des gesamten hohen Hauses. Unser herzlichstes Beileid und den Wunsch auf weitere gute Besserung.

Von der Ausperrung verschont

werden die Sozialdemokraten in Andernach. Die Kölnische Volkszeitung vom 23. April schreibt: „Nachdem die im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter organisierten Arbeiter zweier Säge- und Hobelwerke am Samstag in den Ausstand traten, ist nunmehr sämtlichen in Andernach beschäftigten christlich organisierten Bauhandwerkern und Holzarbeitern gekündigt worden. Die Kündigung erfolgte lediglich auf Grund der Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften, da keinerlei Forderungen von den Bauhandwerkern und den Holzarbeitern an die betr. Firmen gestellt waren. Die Bauhandwerker beschloßen, die angebotene Ausperrung mit Lohnforderungen zu beantworten. Die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter werden, wie aus Arbeiterkreisen geschrieben wird, von der Ausperrung nicht betroffen.“ Läge die Sache hier umgekehrt, dann würde die sozialdemokratische Presse von christlichen Unternehmern günstigsten zu berichten wissen.

Ist's Dummheit oder Frechheit?

Die Hirsch-Dunkerschen suchen ihre Sache jetzt mit einem „Bluff“ zu retten. Einer von ihnen hat sein Talent als Schriftsteller entdeckt und läßt eine Broschüre

erscheinen unter dem Titel: Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter. Sie soll „die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften gründlich beleuchten und zwar an Hand guten Materials.“ So wird dieses Produkt H. D. Müse im Organ der Düsseldorfer „Reformer“, „Westdeutsche Arbeiterpost“ Nr. 17, hochfreudig angekündigt. Welcher Art dieses Material ist, wird von dem Blättchen dann auch unvorsichtigerweise gleich verlesen mit folgendem Satz: „Neu ist vor allem, wie ein Organ der christlichen Gewerkschaften, die Ruhrorter Volkszeitung, sich in fast einem Dutzend Artikel, die unverschämtesten Angriffe gegen die evangelische Religion gestattet hat.“ Nun ist's um Euch geschehen, ihr christlichen Gewerkschaften! Strenge Sand auf Euer Haupt und löst Euch so schnell wie möglich auf; das Todesurteil ist Euch gesprochen! Doch Spaß bei Seite, die Sache ist zu ernst.

Der Mauersträß im H. D. Lager hat anheimelnd auch schon in den Köpfen der H. D. Journalisten und Schriftsteller sein Zerstörungswerk angefangen und ihnen das Denkvermögen getrübt; sonst könnten sie gewiß nicht die Ruhrorter Volkszeitung als ein „Organ der christlichen Gewerkschaften“ bezeichnen. Das genannte Blatt ist nämlich eine politische Tageszeitung (Zentrumsorgan) für deren Inhalt die H. D. Konfessionsräte ebenso verantwortlich sind wie die christlichen Gewerkschaften. Auch einzelne Mitglieder können nicht verantwortlich für den Inhalt politischer Organe sein; auch nicht, wenn sie Leiter des betr. Blattes wären. Ebenso wenig, wie die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften für die fanatische Heße, die z. B. im „Evangelischen Arbeiterboten“ gegen den katholischen Volksteil betrieben wird, verantwortlich sind und dieselbe nicht verhindern können, ebenso können auch die katholischen Gewerkschaftsmitglieder für Auswüchse in katholischen Blättern, wo solche vorkommen, nicht verantwortlich gemacht werden und haben keine Macht, dieselben zu verhindern. Es gehört schon eine gehörige Portion Naivität oder sonst mehr wie Unverschämtheit dazu, derartige Vorkommnisse gegen die christlichen Gewerkschaften ausblenden zu wollen. Die H. D. Größen verfallen damit dem Gelächter der ganzen Welt, wenn sie an Hand solch guten Materials die christlichen Gewerkschaften bekämpfen wollen.

Der Redakteur der Westd. Arb.-Post, Herr Erlesenz, teilt in derselben Nr. mit, daß er eine Zeitlang ausscheidet, um durch den Besuch einer Hochschule seine Kenntnisse zu bereichern. Hoffentlich lernt er dort auch die Zentrumspartei von den christlichen Gewerkschaften und eine politische Tageszeitung von einem christlichen Gewerkschaftsorgan unterscheiden und umpsst diese Weisheit dann auch seinen Zeitungsgenossen ein. Wenn die angekündigte Broschüre keine wirkungsvolleren „Keulenschläge“ gegen die christlichen Gewerkschaften enthält als das „gute Material“ aus der Ruhrorter Volkszeitung, dann können wir dem Verfasser in seinem eigenen Interesse nur den freundlichen Rat erteilen: Appelliere nur den freudlichen Rat erteilen: Appelliere mit solchem Unsinn blamiere Du Dich und Deine ganze Richtung!

Hirsch-Dunkersche Lügentaftik.

Dem „Regulator“, Organ des H.-D. Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer war unterm 19. April d. J. folgende Berichtigung zugesandt worden:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes erlaube ich Sie um Aufnahme folgender Berichtigung:

In Nr. 16 des „Regulator“ sind in einem Artikel, betitelt: „Christliches aus Kirchen“ eine ganze Reihe von Unwahrheiten bezüglich meiner Person enthalten, von denen nur einige der wichtigsten hier richtig gestellt seien.

1. Unwahr ist die Behauptung in dem Artikel, daß ich

„in der schamlosesten Weise die deutschen Gewerksvereine, speziell den Gewerksverein der Maschinenbauer anpöbelte.“

Ebenso unwahr ist damit die weitere Wendung, mein Vortrag sei

„voll roher Angriffe auf unsere Organisation“ gewesen.

Wahr ist dagegen, daß ich in meinem Referat, in welchem mir als Aufgabe die Frage gestellt war, welcher Organisation sollen sich die christlichen Arbeiter anschließen, die Verschiedenheiten und Gegensätze der Organisationen durchaus sachlich behandelte.

2. Unwahr ist, die Behauptung in dem betr. Artikel, ich hätte es fertig gebracht, die Versammlung mit meinem auswendig gelernten, schon tausendmal widerlegten Märchen von den reli-

gionslosen Gewerksvereinen anzuketteln, er lag und schimpfte drauf los, daß sich die Balken bogen.“

Wahr ist dagegen, daß ich in meinem Referat die Frage der religiösen Neutralität kaum berührte, die wurde erst infolge der schweren Angriffe des Herrn Sander auf den nationalen Charakter der christlichen Gewerkschaften in der Debatte Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

3. Unwahr ist folgende Behauptung in dem betr. Artikel:

„in rüdem Ton fiel er (Bergmann) über die katholischen Geistlichen her, indem er sie bezichtigte: die katholischen Arbeiter nur deshalb in die Fachabteilungen gedrängt zu haben, um sie desto besser in der Dummheit zu halten und am Gängelbände führen zu können.“

Wahr ist dagegen, daß ich bei meinen Ausführungen über die tieferen Beweggründe zur Bildung von Fachabteilungen überhaupt nicht von katholischen Geistlichen, sondern nur von „den Gründern der Fachabteilungen“ gesprochen habe.

Wahr ist ferner, daß ich die katholischen Geistlichen gegenüber einer wegwerfenden Äußerung des H.-D. Redners Sander sowie den landläufigen Angriffen der Sozialdemokratie gegenüber in Schutz genommen habe. Damit allein ist dann auch die weitere Behauptung in dem Artikel, ich hätte

„die eigenen Geistlichen als Volksverdummer und -betörer“

hingestellt, als direkte Unwahrheit gekennzeichnet. Ein derartig schwerer Vorwurf gegen die Geistlichkeit ist mir weder in der Versammlung in Kirchen noch sonst jemals in den Sinn gekommen.

4. Unwahr ist ferner, daß ich die Versammlung nach bekannter Art in die Länge gezogen habe, um, wie es in dem Artikel dargestellt wird, den H.-D. etwa die Gelegenheit zur Verteidigung zu beschneiden.

Wahr ist dagegen, daß dem Herrn Sander wie allen, die sich zu Wort meldeten, unbeschränkte Rede-freiheit gewährt wurde. Wahr ist ferner, daß auf meine Bestürmung hin dem Herrn Sander nach die Vergünstigung gewährt wurde, außerhalb der eingetragenen Rednerliste das Wort zu erhalten.

Von einer Richtigstellung weiterer Unrichtigkeiten in dem betr. Artikel kann ich absehen; das Vorstehende dürfte genügen, um auch die anderen in dem Bericht gegen meine Person enthaltenen persönlichen Beleidigungen und Verleumdungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

S o h. B e r g m a n n.

Der Regulator hat sich nicht dazu aufschwingen können, diese Berichtigung wörtlich zu bringen, sondern er veröffentlicht nur einige Sätze davon in vollständig verstümmelter Form. Nach einem Kammergerichtsurteil vom Jahre 1902 soll die Berichtigung nicht dem Preßgesetz entsprechen haben. Wenn die Redaktion des Regulator das Preßgesetz so genau kennen und auslegen will, dann hätte sie in erster Linie wissen müssen, daß eine Berichtigung entweder wörtlich aufzunehmen oder ganz abzulehnen ist und daß eine Redaktion kein Recht zu einer Verstümmelung derselben hat. Was aus der Berichtigung durch den Regulator gemacht wurde, erhellt aus folgendem, was man mit dem Wortlaut vergleichen möge. Das H.-D. Blatt schreibt:

„Unwahr sei der Passus: „in rüdem Ton fiel er (Bergmann) über die katholischen (Hier fehlt sonderbarer Weise das Wort: „Geistlichen“, ob infolge eines Satzfehlers oder ob mit Absicht, wissen wir nicht. Red. des deutschen Metallarbeiter) her, indem er sie bezichtigte: die katholischen Arbeiter nur deshalb in die Fachabteilungen gedrängt zu haben, um sie desto besser in der Dummheit zu halten und am Gängelbände führen zu können.“

Bergmann habe auch nicht: „die eigenen Geistlichen als Volksverdummer und -betörer hingestellt.“

Nach kürzer und verstümmelter werden die anderen Punkte der Berichtigung abgetan. Die Anmerkung des Regulator steht allerdings wie eine Entschuldigung und Rechtfertigung des maßlosen Schimpf- und Lügen-Artikels aus. Einen recht schlaun Kniff versucht das H.-D. Blatt mit dem Satz: Wir kennen die leitenden Personen des Ortsvereins in Kirchen als durchaus ruhige, verständige Kollegen, die weder überreiben, noch die Unwahrheit schreiben...“ Das hat ja niemand behauptet. Der Urheber des verlogenen Artikels wird auch gar nicht in Kirchen zu suchen sein, sondern in Bingen bei Köln. Denn dieselbe maßlose Sprache, dieselben persönlich verletzenden Schimpf- und Schlag-

worte, mit denen Herr Sander aus Bingen bei

klein in der Kirchenversammlung die christl. Arbeiter insultierte, finden sich in dem Artikel in Nr. 16 des Regulator wieder. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der Einsender des Artikels der Hirsch-Duncker'sche Ortsverbandsvorsitzende des dortigen Bezirks, Ferdinand Niedel ist, der sich ja damit überall noch wichtig zu machen suchte. Wie kommt aber der Regulator zu der Bemerkung: „Man vergesse nicht, die katholischen Gewerkschaftsmitglieder in Kirchen sind gute Katholiken“, da besagter Niedel — den wir vorläufig persönlich noch schonen wollen, weil er nur ein beschränkter Fanatiker und das Werkzeug anderer Leute ist — wie auch dessen besten Freunde Protestanten sind. Damit allein zeigt der Regulator, daß er sich von den betr. Seiten schwer hereinlegen ließ oder ins Blaue hineingeschrieben hat. Dieser Niedel und einige seiner Freunde haben in der Betsdorfer Zeitung ein Eingekandt als Antwort auf eine Erklärung des Kollegen Bergmann veröffentlicht, in welchem von den schweren Verleumdungen in Nr. 16 des Regulator nur folgender Satz übrig bleibt: B. jagte: „daß die Führer und Priester, welche mit der Zeitung dieser Vereine betraut sind, die Arbeiter nur deshalb diesen Vereinen zugeführt hätten, um sie desto besser in der Dummheit zu halten und am Gängelbarte zu führen.“ Vom „rüden Ton“ von den Worten „Volksverdummer und -betörer“ wagen die Leute nichts mehr zu behaupten. So weit haben sie selbst die Behauptungen im Regulator Lügen strafen müssen. Aber auch obige Behauptung ist noch direkt unwahr. Das Wort „Priester“ hat Bergmann überhaupt nicht ein einziges mal ausgesprochen. Welcher Art diese guten Katholiken sind, mag der Regulator weiter daraus erkennen, daß sie nicht einmal das neunte Gebot kennen, welches sie in dem Eingekandt mit dem achten verwechselten, und den Papst Leo XIII. als Bräuder der Fachabteilungen bezeichnen. Höher kam doch der Unfug und Unsinn nicht mehr getrieben werden. Die gut katholischen Mitglieder des Kirchen Hirsch-Duncker'schen Ortsvereins sind ehrlich genug gewesen, diesen Lügenfeldzug nicht mitzumachen. Unter dem erwähnten Eingekandt fehlt der Name des Vorsitzenden vom Kirchen Hirsch-Duncker'schen Ortsverein, der doch in erster Linie dazu autorisiert gewesen wäre.

Er hat ferner am 24. März, als Sanders schon die Versammlung verlassen hatte, noch das Wort genommen und die Auseinandersetzungen bedauert, dabei ausdrücklich betonend, daß beide Teile dafür nicht verantwortlich zu machen seien, das löge im falschen System der heutigen Arbeiterbewegung. Nicht ein Wort davon, daß er Bergmann derartig schwere Beschuldigungen zu machen gewagt hätte, wie sie in dem Artikel stehen und von dem Hirsch-Duncker'schen Organ verbreitet werden. Er wollte den furchtbar deprimierenden Ausdruck den die Ueberführung Sanders auf Alle gemacht hatte, wieder etwas verwaschen, denn mit dessen Auftreten konnte er als ehrlicher Mann niemals einverstanden sein. Lächerlich ist die Behauptung, des Regulator, dem Kollegen B. ginge beim Reden gern der Gaul durch, und so würde es wohl auch in Kirchen gewesen sein. Was B. in Kirchen gesagt, kann er verantworten und wird es noch öfter sagen, ohne bei objektiv denkenden Menschen Anstoß zu erregen. Das kann höchstens bei unfähigen H.-D. Agitatoren zweiter und dritter Garnitur der Fall sein, die sich selbst mit ihren klumpen Lügen auf's Glattsteis begeben und elend abgeföhrt werden.

Die insichtbare Blamage, die sich die H.-D. gemalten Strategen am 24. März in der Kirchenversammlung holten, kann auch nicht durch den unglaublich verlogenen Bericht und auch nicht durch die wenig noble Haltung der Regulator-Redaktion abgegrünzt oder hinweggeräumt werden. Diese Angelegenheit ist typisch für die auf jener Seite betriebene Kampfesweise. Den christlichen Gewerkschaften wird das nicht schaden, viel eher den Mitglieder-Kennzeichen im H.-D. Lager noch beschleunigen können. Wenn sich die Gegensätze zwischen den christlichen und Hirsch-D. Gewerkschaften statt ausgleichen noch fortwährend vertiefen und die Spannung statt milder noch schärfer wird, dann ist das die Schuld der unehrlichen Kampfesweise, wie sie im H.-D. Lager mit einem wahren Fanatismus betrieben wird.

Streits und Lohnbewegungen.

Offenbach. Die Tarifbewegung in der hiesigen Maschinenindustrie hat nun zum Ausbruch geführt. Die Unternehmer weigerten sich, mit den Ber-

bänden zu unterhandeln, auch kein Berater soll zugelassen werden. Der einstimmige Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller vom 20. März d. J. scheint für die Offenbacher Unternehmer Luft zu sein. Am 27. April traten zirka 2000 Arbeiter in den Streik, der noch weitere Ausdehnung annehmen wird. Wie verlautet, wollen die Unternehmer mit größeren Ausperrungen vorgehen. Von unserem Verband sind schon annähernd 100 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen und diese Zahl wird sich noch vergrößern.

Fulda. Auf dem hiesigen Stanz- und Emailierwerk haben die Arbeiter durch den christlichen Metallarbeiterverband einen schönen Erfolg erzielt und zwar ohne Kampf auf friedlichem Wege. Bedeutende Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind den Arbeitern damit gesichert. (Eingehender Bericht folgt in nächster Nr. D. Red.)

Ein schwerer Kampf, dessen Folgen nicht abzusehen sind, droht im Berliner Baugewerbe auszubrechen. Das dortige Gewerbegericht hatte in den bestehenden Differenzen einen Schiedspruch gefällt. Dieser wurde von den Arbeitgebern angenommen, von den soziald. Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern aber abgelehnt. Das geschah trotz dringender Abmahnung der soziald. Führer, unter denen sich Bebel und Löbelburg befanden. Wie von der Tagespresse gemeldet wird, wollen die Metallindustriellen im Falle des Kampfes die Unternehmer im Baugewerbe mit einer Massenausperrung der Metallarbeiter unterstützen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Düsseldorf. Die Hufschmiede stehen in einer Lohnbewegung.

Södingen. Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgesperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

Dortmund. Bei der Firma Heymer Differenzen wegen Maßregelungen.

Offenbach. Tarifbewegung in der Maschinenindustrie. Die Arbeiter stehen im Ausstand.

Oberhausen Abb. Ueber den Hochofenbetrieb der Guten-Hoffnungshütte ist die Sperre verhängt.

Zugzug ist fernzuhalten.

Der Streik in der Maschinenfabrik Budau (vorm. Köhrig u. König) ist mit Erfolg beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 5. Mai der neunzehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 5. bis 12. Mai 1907 fällig.

Die Sammlungen für die ausgesperrten Kollegen sind überall möglichst zu beifeuern. Ein Schnedentempo darf es bei solchen Anlässen nicht geben. Jede Ortsgruppe soll eine Ehre darin erblicken, eine der ersten zu sein. Die Gelder sind ratenweise, also während die Sammlungen noch fortgesetzt werden, an die Adresse des Kollegen Stegerwald, Köln, Palmstr. 14 zu senden. Kollegen, zeigt eure sonst oft erprobte Opferwilligkeit! Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Die Ortsgruppen Kemisch, Hlensburg und Dresden erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich. — Die Ortsgruppe Leichlingen zur Erhebung eines solchen von 5 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung dieser Ertrbeiträge hat die Entziehung statuarischer Rechte zur Folge.

Kontwährend laufen noch immer die Meldungen bei Erwerbslosigkeit, Krankheit verspätet ein. In zahlreichen Fällen oft 4 und mehr Wochen nach Beginn der Krankheit. Die Mitglieder und Ortsvorstände werden wiederholt darauf hingewiesen, daß in Zukunft die Anrechnung der Erwerbslosigkeit nur vom Tage der Meldung erfolgt. Es ist Sache der Mitglieder selbst, dafür Sorge zu tragen, daß die Anmeldung bei den Ortsgruppenvorständen rechtzeitig erfolgt. Ist ein Mitglied schwer erkrankt, so kann es durch ein Familienmitglied befohren, oder mindestens eine Postkarte oder Brief schreiben lassen, worin die Krankheit attestiert und das Mitteilungsblatt einbelegt wird. Wer dieses trotz aller Mahnung nicht beachtet, mag auch die Folgen zu tragen bereit sein.

Zur Quartalsabrechnung. Wir fordern nochmals auf, die Abrechnung vom 1. Quartal spätestens bis Anfang Mai einzuliefern. Diejenigen Ortsgruppen, welcher dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben zu gewärtigen, daß der Zeitungs- und Materialversand auch die Auszahlung der Unterstützungen solange gesperrt wird, bis die Abrechnung erfolgt ist, da der Zentrale jede Kontrolle über die Beitragszahlung der Mitglieder fehlt, wenn die Abrechnung nicht eingesandt wird. Auch die Mitglieder mögen überall von ihren Vorständen eine pünktliche Abrechnung fordern, um sich eventuell vor Schaden zu sichern.

Die Ortsgruppenvorstände werden ebenso dringend ermahnt eine bessere Kontrolle auszuüben. Besonders genau festzustellen — durch Einrächtnahme ins Mitgliedsbuch — ob das sich erwerbslos meldende Mitglied auch unterstützungsberechtigt, und ob es seine Beiträge bezahlt hat.

In letzterem Punkte lassen es viele Ortsgruppenvorstände an der nötigen Energie fehlen. Unter den ca. 1 1/2 tausend unterstützten Kranken des letzten Quartals, ist auch bei keinem einzigen gemeldet, daß es noch einige Wochen Beiträge restiere, überall heißt es, die Beiträge sind voll bezahlt. Bei den vielen Beitragsrestanten, welche die Quartalsabrechnung ergeben, kann es gar nicht möglich sein, daß alle sich krankmeldende mit den Beiträgen auf dem laufenden sind. Andernfalls ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß bei Eintritt der Krankheit schleunigst die Beiträge nachbezahlt werden.

Die Vertrauensmänner wie Ortsvorstände werden darauf hingewiesen, daß Mitglieder, welche 8 Wochen mit den Beiträgen restieren keine Unterstützung beanspruchen können auch nicht bei Nachzahlung der Beiträge.

Die Mitglieder mögen sich dadurch vor Schaden bewahren, indem sie eifrig darauf achten, daß ihre Beiträge nicht im Rückstande bleiben, sondern wöchentliche Zahlung sich angelegen sein lassen.

Sämtliche ausgezahlten Unterstützungen sind außer den Quittungsformularen auch in die Mitgliedsbücher einzutragen, weil nur so eine dauernde Kontrolle möglich ist.

Aus dem Verbandsgebiet.

Konferenz des Agitationsbezirks Köln.

Zu wichtigen Beratungen versammelten sich am Sonntag, den 14. April in Köln in der „Colonia“ die Delegierten der Ortsgruppen des Kölner Bezirks. Von den 42 zur Teilnahme eingeladenen Ortsgruppen bezw. Sektionen fehlten von 9 die Vertreter ohne Angabe einer Entschuldigung. Als Vertreter des Zentralvorstandes waren der Zentralvorsitzende Kollege Wieber sowie der Zentralkassierer, Kollege Herzog erschienen. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Situations- und Klassenbericht, 2. Vortrag über die Geschäftsführung in den Ortsgruppen, 3. Beschlusfassung über die Erhebung von Lokalbeiträgen mit teilweiser Abführung an den Bezirk.

Nachdem der Bezirksleiter Kollege Döring einleitend festgestellt, daß im Jahre 1906 die Zahl der Ortsgruppen auf 43 — wovon 3 Verwaltungsstellen mit zusammen 19 Sektionen — gestiegen, erstattete Kollege Schmitz einen ausführlichen Situations- und Klassenbericht. Aus ersterem ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl sich im Jahre 1906 verdoppelt und im ersten Quartal dieses Jahres eine weitere erfreuliche Steigerung erfahren hat. In 24 Zahlstellen wird ein Beitrag von 60 Pfg. erhoben. Durch die Verschmelzung mehrerer Zahlstellen zu einer Ortsverwaltung ist ferner einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen worden.

Im verfloffenen Jahre war unser Verband im Bezirk an 17 Bewegungen beteiligt, hiervon wurden 11, und im 1. Quartal 1907 6 durch unseren Verband allein geführt. Mit einer Ausnahme erbeuten alle unererseits geführten Bewegungen mit Erfolg; eine Tatsache, die in der Arbeiterchaft nicht in gebührendem Maße gewürdigt wird. Durch die Erschließung des Siegerlandes sowie weiterer Teile der Provinz Westfalen wurde die Anstellung eines weiteren Beamten mit dem Sitz in Siegen möglich. Bei allen erfreulichen Fortschritten gedachte der Berichterstatter insbesondere auch einer Fälle schädlicher Wahrnehmungen, gleichzeitig Winke gebend, wie diesen entgegen gesteuert werden könnte. Gegenüber der Taktik der Gegner, die dahin zielt, unsern Verband bei Bewegungen auszuschalten, wurde unsere Stellung bei zukünftigen Anlässen klar ausgesprochen.

Der Kassenbericht ergab im Jahre 1906 an Einnahmen die Summe von 6867,13 Mk., an Ausgaben 6574,36 Mk., sodaß ein Bestand von 292,77 Mk. am Schlusse des Jahres zu verzeichnen war. Im ersten Quartal 1907 betragen die Einnahmen 1434,29 Mk., die Ausgaben 1375,84 Mk., somit ein Bestand von 58,45 Mk. verblieb.

Eine ansehnliche Summe mußte seitens der Zentralkasse zu den Agitationskosten zugesteuert werden. Die Mehrzahl der Zahlstellen ist gewillt, diesem Zustande abzuhelfen, indem in den Versammlungen beschlossen wurde, von den erhobenen Lokalzuschlägen 5 Pfg. an den Bezirk abzuliefern, um so die Agitation noch erfolgreicher zu gestalten.

Nach lebhafter aufklärender Diskussion behandelte alsdann Kollege Herzog den zweiten Punkt der Tagesordnung. Pünktlichkeit und Korrektheit in der Geschäftsführung seien neben der Agitation das Wichtigste und Notwendigste im Verbands. Vorzicht und strenges Festhalten an den Bestimmungen des Statuts und den Geschäftsanweisungen seien bei der Auszahlung der Unterstützungen namentlich bei Wanderunterstützung erforderlich. Aldann gelangte folgender Antrag zur Verhandlung. Die Zahlstellen des Kölner Bezirks verpflichten sich, baldigst in allen Ortsgruppen eine Lokalzuschlag von 10 Pfg. einzuführen, von denen 5 Pfg. an die Bezirkskasse abzuführen sind und sind diejenigen Zahlstellen, wo bereits ein solcher besteht, verpflichtet, 5 Pfg. an den Bezirk abzuliefern und zwar ab 1. Jan. 1907.

Zunächst besprach dann der Zentralvorsitzende die Pflichten der Ortsgruppenleitungen, sowie die Verpflichtungen der einzelnen Bezirke, aus eigener Kraft die Mittel zur Agitation bereitzustellen. Weitere Stärkung der Finanzkraft sei erforderlich, um die günstige Stellung unseres Verbandes noch mehr auszubauen. Hierzu sei in erster Linie die unermüdete Arbeit der Ortsgruppenvorstände und die Zurückstellung jeglicher Sonderwünsche unerlässlich. Die Richtungslosigkeit, die auch noch in einigen Köpfen im Kölner Bezirk anzutreffen sei, die müsse unbedingt verschwinden und jeder einzelne Kollege und jede Zahlstelle müsse sich dem Wohle des Ganzen ein- und unterordnen. Falls der vorliegende Antrag angenommen würde, und das sei die Pflicht der heutigen Konferenz, dann hätten sich auch diejenigen Zahlstellen unweigerlich diesem Beschlusse zu fügen, deren Vertreter etwa aus Kurzsichtigkeit oder anderen Motiven dagegen gestimmt hätten. Extrawürste könnten keinem mehr gebraten werden. Reicher Beifall folgte seinen begeisterten Ausführungen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Mit einem brausenden Hoch auf unsern Verband erreichte alsdann die Konferenz ihr Ende.

Nun Kollegen im Kölner Bezirk! Vorwärts! Die Beschlüsse und Anregungen in die Tat umzusetzen. Vorwärts sei die Parole! A. Sch.

Im Anschluß an diesen Konferenzbericht sei auf einen Umstand hingewiesen, der sich auch auf anderen Konferenzen schon gezeigt hat und die entscheidende Beurteilung verdient. Manche Kollegen lassen sich nämlich als Delegierte wählen und dann reicht ihr Interesse an der Sache nicht einmal so weit, um der Konferenz bis zum Schluß beizuwohnen. Unter diesen oder jenen Vorwänden suchen sie sich schon zu drücken, wenn sie kaum 2 Stunden zugegen gewesen sind. Das ist eine grobe Pflichtvernachlässigung und bedarf entschieden einer Besserung. Wer wirklich verhindert ist, so viel Zeit zu opfern, der darf eine Wahl nicht annehmen; wer die Wahl annimmt, der hat unter allen Umständen auch bis zur Beendigung der Verhandlungen auszuhalten. Sonst werden dieselben fortwährend gestört und oft über's Knie gebrochen und haben ihren Zweck zum Teil verfehlt. Die Ortsgruppen haben in Zukunft strenge darauf zu achten, nur solche Kollegen als Delegierte zu wählen, die auch ihrer damit übernommenen Pflicht treu und gewissenhaft nachkommen.

Düsseldorf. Nicht wegen der Wahl selbst, sondern wegen der sie begleitenden Umstände möchten wir hier einiges über die Vorstandswahl der Betriebskrankenkasse der Firma F. Schwarz hier erwähnen. Schon im vorigen Jahre war es den Bemühungen der christlich, sowie H.-D. organisierten Arbeitern der Firma nicht möglich, mit dem Vertrauensmann des soziald. Met.-Verbandes sich auf eine Vorschlagsliste zu einigen und so fielen schon damals die Sozialisten durch; die Liste der christlich und H.-D. Organisierten wurde gewählt. Um nun in diesem Jahre ein besseres Resultat zu erzielen, versuchte der Anführer der Sozialdemokraten, dem Heil auf dem Kontor der Firma und zwar am Samstag vor der Wahl. Wie diese Besprechung

ausgefallen ist, wissen wir nicht, wohl aber wissen wir, daß derselbe anstatt eine Einigung mit den Andersorganisierten herbeizuführen, seine Zuflucht zu Streikbrechern und fanatischen Gewerkschaftsgegnern nahm und mit diesen eine gemeinsame Liste aufstellte. Es ist dies um so trauriger, weil gerade in den Botterie-Gießereien die Verhältnisse keine rosigen sind, daß man den Unternehmern bei jeder Gelegenheit ein Bild der Uneinigkeit bieten muß. So konnte man nun hier sehen, wie Vertrauensmänner des soziald. Verbandes mit Streikbrechern konferierten. Das Resultat dieser fauleren Paarung war auch ein großartiges. Die Liste der vereinigten Sozialisten und Streikbrecher war auf dem Bureau des soz. M.-B. vermittelst Schreibmaschine hergestellt. Aber der gesunde Sinn, der noch nichtsozialistischer Arbeiter betätigte sich auch jetzt wieder und so fiel die Liste der Streikbrecher und Sozialisten glänzend durch. So haben diese Helden sich nun durch ihre eigene Quertreibereien gänzlich aus dem Vorkande herausgearbeitet.

Nun noch ein Wort an diejenigen Unorganisierten, welche sich von diesen Gimpelfängern auf den Leim locken lassen. Von Seiten der Roten wurde gesagt: „die anderen wollen die alten Arbeitern aus dem Vorstand herausarbeiten.“ Wir erlauben uns nun die Frage, auf welcher Liste waren die meisten alten Arbeiter? Dann wurde gesagt, die anderen wollen für keinen Unorganisierten eintreten! Fragen wir wieder: Wo ist der soziald. M.-B. für nichtsozialdemokratische Arbeiter eingetreten? Gerade diese Richtung ist es, welche immer in Terrorismus das Menschenmöglichste leistet und dieserhalb schon oft die Anklagebänke der Gerichte geschmückt haben. Darin noch die Redewendung, diese Wahl hat mit der Partei nichts zu tun. Warum bei allen derartigen Wahlen der Kampf gegen die Andersdenkenden? Waren es nicht gerade Sozialisten, welche zuerst mit allen Mitteln versuchten, in allen diesen Institutionen das Heft in die Hand zu bekommen. Sehen die Kollegen nicht, wie die Mitglieder der hiesigen Ortskasse der Metallarbeiter unter der Krute der Sozialisten stehen?

Für die Indifferenten, die sich von den Roten einseifen lassen, gilt auch das Sprichwort: „Nur die allergrößten Käber wählen ihre Metzger selber.“ Hier sieht man wieder, wohin der Haß gegen die Organisation die Leute führt, die sich sonst bei jeder Gelegenheit christlich nennen. Wie ein Mensch es mit sich selber vereinbaren kann, Christ zu sein und eine antichristliche Richtung zu unterstützen, ist jedem ernst denkenden Menschen ein Rätsel.

Nachdem die Sozialisten bei dieser Wahl durchgefallen waren, griffen sie zu einem der schmutzigsten Mittel, um sich zu rächen. Ein Vertrauensmann des soziald. M.-B. schwärzte unsern Vertrauensmann bei der Direktion an, er habe in öffentlichen Versammlungen über die Krankenkasse gesprochen, obgleich dieses gar nicht wahr war. Ein anderer Vertrauensmann des soz. M.-B. bezeichnete seine Arbeitskollegen dem Meister und Herrn Direktor gegenüber als Faulenzer, als er seine Entlassung holen wollte. Wie sagte doch der alte Fritz: „Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.“ Damit für heute genug aus dem roten Sumpf, falls es jedoch gewünscht wird, wir stehen mit noch mehr zur Verfügung. Glück auf zur Paarung der Roten und Gelben, sie sind einander würdig. B.

(Anm. der Red. Bemerkenswert ist ja, daß hier die H.-D. Mitglieder entgegen den sonstigen Gepflogenheiten mit den christlich Organisierten zusammen gingen. Hoffentlich wird die bessere Erkenntnis im H.-D. Lager weiter Platz greifen, daß sie mit den christl. Gewerkschaften besser fahren als im Schlepptau der Sozialdemokraten gegen uns).

Düsseldorf (Kleingewerbe). Wohl in wenigen Berufen liegen die Verhältnisse so darnieder, wie im Fuß- und Wagenschmiede-Gewerbe hier in Düsseldorf. Nicht nur, daß die Gesellen mit Löhnen abgewieft werden, die jeder Beschreibung spotten, auch die Arbeitszeit ist eine lange und 11-11½ Stunden ist noch eine kurze Arbeitszeit hier für Schmiede. Von diesen traurigen Verhältnissen haben aber auch die Meister keinen Nutzen, sondern die unter denselben eingerissene Schmuckkonkurrenz ruiniert das ganze Handwerk. Gab doch in einer der letzten Versammlungen ein dort zufällig anwesender Meister das Handwerk selbst verloren. So leichten Kaufs wie dieser Meister wollen die Gesellen aber das einmal erlernte und liebgewonnene Handwerk nicht verloren geben und haben sich dieselben zu 90 Prozent der hier beschäftigten Fuß- sowie ein größerer Teil der Wagenschmiede unserm Verbands angeschlossen, um einmal selbst Hand anzulegen und ihre Lage zu bessern. Durch die Fragebogen, welche von

den einzelnen Gesellen ausgefüllt wurden, traten große Mißstände zu Tage, besonders in Punkt Lohn, Arbeitszeit, sanitäre Einrichtungen und ganz besonders im Logisweien beim Meister, das hier noch gang und gäbe ist. Da sich nun die Gesellen von der Wichtigkeit und Notwendigkeit der Organisation überzeugt haben, werden wir auch in nächster Zeit dazu übergehen, für sie bessere Zustände zu schaffen zu ihrem Wohle und zum Wohle des gesamten Handwerks. B.

Aus dem bergischen Lande. Langsam aber sicher schreitet auch hier, in der Hochburg der Sozialdemokratie, der christliche Metallarbeiterverband vorwärts. Das konnte auf der am Sonntag, den 14. April in Ohligs stattgefundenen Kreismitgliederversammlung konstatiert werden. Es war das erste Mal, daß eine solche Versammlung stattfand; die Notwendigkeit hatte sich schon längst ergeben, besonders um eine einheitliche und systematische Agitation in die Wege leiten zu können. Aus der Berichterstattung der einzelnen Ortsgruppen war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl überall eine steigende Tendenz annimmt. Bezüglich der Gründung von Ortsgruppen wurde beschlossen, nur noch Sektionen zu gründen, welche der zunächst liegenden Ortsgruppe angeschlossen werden müssen. Kollege Bäcker führte eine Reihe von Orten an, wo in nächster Zeit solche Sektionen gearbeitet werden müßten; auch sollen für die einzelnen Solinger Industrie-Kategorien Braunkühler gewählt werden, damit ihre Interessen besser vertreten werden können, ähnlich wie bei den Messer-Meidern. Auch die Krone bezüglich der Anstellung eines Beamten für den bergischen Bezirk wurde erörtert und einstimmig der Beschluß gefaßt, ab 1. Mai 5 Pfg. pro Mitglied und Woche und 7½ Prozent der Beiträge für den Beamten abzuführen. Die Versammlung war der Ansicht, wenn die Grundlage geschaffen würde, dann würde die Zentrale von selbst zu der Anstellung übergehen. Ferner wurde noch ein Agitationskomitee gewählt und zwar als Leiter Kollege Peter Bäcker-Beichlingen. Neben der Agitation hat das Komitee noch die Aufgabe, die Kreismitgliederversammlungen bei Beginn eines jeden Quartals einzuberufen und für die Durchführung der Beschlüsse Sorge zu tragen. Kollegen vom Kreise Solingen, wir dürfen nicht ruhen und nicht rasten, sondern müssen unsere ganzen Kräfte einsetzen, um auch den letzten christl.-nat. denkenden Arbeiter unsern Reihen zuzuführen. B. B.

(Anm. der Red.) Die Ansicht der Versammlung, daß die Zentrale sofort zur Anstellung eines Beamten bereit wäre, wenn die finanzielle Unterlage geschaffen ist, stimmt ganz genau und das ist ja stets betont worden. Um diese finanzielle Unterlage zu schaffen, muß der Beschluß der letzten Bezirkskonferenz in Barmen durchgeführt, d. h. der 60 Pfg.-Beitrag auf der ganzen Linie erhoben werden. Da ist es geradezu unverständlich, wie die Ortsgruppe Leichlingen, die doch mit gutem Beispiel vorangehen sollte, sich über den Konferenzbeschluss hinwegsetzt und die Erhebung eines Extrabeitrages von nur 5 Pfg. beschließt. Es ist doch schon hundertmal gesagt worden, die Ortsgruppen sollten in dieser Sache gleich ganze Arbeit machen und nicht unter 10 Pfg. wöchentlich beschließen, da doch die gleichen Schwierigkeiten und Widerstände zu überwinden sind, ob man nun um 5 oder 10 Pfg. höher geht. Dieses gilt auch für eine Reihe anderer Gruppen, die ebenfalls allen Mahnungen zum Trotz doch auf halbem Wege stehen geblieben sind. Die andern noch folgenden Ortsgruppen werden hoffentlich hier mehr Verständnis an den Tag legen und keine Extrabeiträge unter 10 Pfg. wöchentlich mehr beschließen.

Leichlingen. Unser Städtchen gehört zum Landkreise Solingen, wo bis jetzt die Arbeiterbewegung noch wenig Fortschritte gemacht hat. Doch bildet Leichlingen eine Ausnahme, denn hier haben die Gewerkschaften schon längere Zeit festen Fuß gefaßt, vor allem auch die christlichen Gewerkschaften. Der christl.-soz. Metallarbeiterverband setzte vor zwei Jahren mit der Agitation ein; damals waren es 15 Kollegen, die dem Verbands beitraten. Auf der Quartalsversammlung am 20. April konnte mit Recht konstatiert werden von unserm Vorsitzenden Kollege Peter Bäcker, daß sich die Ortsgruppe verhältnismäßig gut entwickelt habe, denn jetzt wäre die Mitgliederzahl auf 60 angewachsen. Auch haben sich die Verhältnisse der Lokalkasse bedeutend gebessert. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Erhöhung der Beiträge. Der Vorsitzende legte in längeren Ausführungen die Notwendigkeit der Erhebung eines Lokalsbeitrages auseinander, besonders da doch alle Kollegen der Ueberzeugung seien, daß in nächster Zeit ein Beamter für den bergischen Bezirk angestellt werden müßte. Dies könne aber nur dann geschehen, wenn die finanzielle Unterlage vorher geschaffen wäre. Auch müßte für eine gute Lokalkasse gesorgt werden. In der Diskussion brachen einige Kollegen für die Erhöhung auf 60 Pfg., andere auf 55 Pfg., einige verwarren sogar jede Beitragserhöhung. Dieselben berieten sich auf die ab-

wehenden stößen, welche eventuell austreten würden, persönlich hätten sie nichts gegen die Erhöhung. In sachlichen Ausführungen wiederlegte Kollege Bäder die Einwände und war der Ansicht, wenn die abwesenden Kollegen ein so starkes Interesse an der Beitragsfrage hätten, dann wäre es doch ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen, in der Versammlung zu erscheinen. Zudem wären es doch gerade die Messer-Meider, welche den größten Vorteil von der Organisation bis jetzt gehabt hätten. Denn der neu abgeschlossene Tarif bietet ihnen mehr Vorteile, als die Meider überhaupt in ihrem Leben Beiträge zahlen könnten. Bei der Abstimmung wurde nun der 55 Pfg. Beitrag ab 1. Mai beschlossen. Als ein großer Erfolg kann dies nicht bezeichnet werden, denn man soll stets ganze Sache machen und nur mit 10 Pfg. die Beiträge erhöhen. Mögen die Kollegen von Leichlingen weiter an dem inneren und äußeren Ausbau der Ortsgruppe arbeiten. Ein großes Heer von Indifferenten heißt es noch zu gewinnen, um das Ziel, das wir uns gestellt haben zu erreichen. P. B.

(Anm. der Red.) Sonderbar, daß die Gegner einer Beitragserhöhung immer angeblich für die nicht-anwesenden Kollegen so besorgt sind, während sie persönlich niemals etwas gegen die Erhöhung einzuwenden haben wollen. Dann sollten sie doch ruhig zustimmen und die Sorge für Nichtanwesende, die sich nicht soviel dafür interessieren um zu erscheinen, doch nicht ins Lächerliche treiben. Das glaubt ihnen ja doch kein Verb. Das übrige bezw. des Beschlusses, nur 5 Pfg. Lokalbeitrag zu erheben, finden unsere Leichlinger Freunde unter dem Bericht „Aus dem bergischen Land“. Hoffentlich machen die Leichlinger aus dem heißen Leichlauf recht halb einen ganzen und führen den Einheitsbeitrag von 60 Pfg. ein.

Aus dem Saucrlande. Sehr schlecht waren am vergangenen Sonntag die öffentlichen Versammlungen in Hüsten, Bruchhausen und Neheim beinahe. Von den 1000 Arbeitern zu Hüsten waren doch 30, in Bruchhausen waren von 120 sogar 20 Arbeiter erschienen und Neheim setzte sich nicht im Schatten, sondern schickte von 2 1/2 Tausend zählende Arbeiterschaft 50 bis 60 zu der Versammlung. Es ist zum Erstaunen, wenn man dächte, die Arbeiterbewegung sei nicht so nötig, daß einzelne Kollegen sich aufreiben, Tag und Nacht mühen diese Bewegung hier zu fördern. Zu dieser Versammlung war der Bezirksleiter Kollege Weinbrenner aus Hamm zu dem lehrreichen Vortrage „Wie schützen wir uns gegen zu hohe Steuern“ gekommen. Er führte zunächst aus, daß der Staat gewisse Einnahmen haben müsse, um als Gemeinschaft aller Stände für die Bedürfnisse und Wohlfahrt derselben Aufwendungen machen zu können. Alle Staatsangehörigen, welche 400 Mark und mehr erwerben, müssen daher Steuern zahlen, ausgenommen einzelner, welche gewisse Vergünstigungen genießen. Für uns Arbeiter kommt es wesentlich darauf an, daß diese Steuern in gerechter Weise nach Besitz verteilt sind. Durch das neue Einkommensteuergesetz wird der letzte Janer verdiente Groschen des Arbeiters, ob in 10 oder in 15 Stunden verdient, nachgewiesen. Sogar der etwaige Verdienst, welcher die Frau und Kinder neben den Haushaltspflichten herausradert, wird zur Steuer herangezogen. Wie aber können wir uns gegen zu hohe Steuern schützen? Zunächst haben wir als Staatsbürger die politische Pflicht, uns die Männer der gesetzgebenden Körperschaften genau anzusehen und danach unsern politischen Einfluß geltend zu machen. Dann gibt es das Verjüngungsrecht innerhalb vier Wochen nach Zustellung der Veranlagung. Viel wichtiger ist jedoch, imstande zu sein, ohne nachteilige Folgen im Haushaltsbudget die Steuern freudig zahlen zu können. Ferner ist auch die Verrentung des Einkommens je höher, desto günstiger für den Zahler. Daher müssen alle Arbeiter für höheres Einkommen in geregelter Arbeitszeit jedenfalls mit allen Kräften hinarbeiten. Die übrigen Stände haben diese längst erkannt z. B. Beamtenvereine, landwirtschaftliche Verbände, Trübs und dergl. mehr. Leider denken die Arbeiter vielfach nur ans arbeiten, essen und schlafen. O, o — halt! Nicht so naiv! Gehe bitte mal in die Lokale, wo ein Orchester oder sonst ein Klambim los ist, dann wirst du mein lieber Freund diese Worte schlauigst zurücknehmen. Hörte ich einen Kollegen neben mir sprechen. Der Eins.) Da muß Remedie gehoben werden. Alle Arbeiter, einer nach dem andern — auf einmal geht das nicht — müssen sich ihrer Berufsorganisation anschließen, dann werden auch alle steuerkräftig. Die vorerwähnten Ausführungen hätten ein zahlreicherer Publikums verdient. Doch nicht allein die unglückliche Gleichgültigkeit der Arbeiter, sondern auch die wohlwollende Duldung macht uns Schwierigkeiten. Dem Einvernehmen wurde die Genehmigung zur öffentlichen Verbreitung der Einladungsblätter in Hüsten und Bruchhausen durch den stell-

vertretenden Amtmann, Sägemühlbesitzer Herrn Latrich zu Hüsten, verweigert. Unsere Kollegen ließen sich nun doch die Freude nicht verschmerzen. Sie besaßen die nötige Geduld und brachten den Leuten die Flugblätter zum Frühstücksisch. Jedenfalls wird Herr Latrich auch eins bekommen und wolle ihm dies keinen Abbruch des Appetits oerurteilt haben. Aber Ehrgeiz haben wir jetzt bekommen und sind bereit, in nächster Zeit wieder öffentliche Versammlungen abzuhalten mit dem Thema: „Wer tritt für die Interessen des Arbeiterlandes öffentlich auf und wer hindert dieses? Erstes tut und will der christl. soz. Metallarbeiterverband, deshalb ihr Metallarbeiter herbei, hinein in den Verband. J. K.

Schweidnitz. Bei allen Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, bricht sich jetzt allmählich auch hier der christliche Gewerkschaftsgedanke Bahn. Wie die Natur gegenwärtig aus ihrer Erstarrung erwacht, wie es hier Frühling wird, so muß auch bei den hiesigen Metallarbeitern der Frühling der Organisation einmal zum Durchbruch kommen. Eine kleine Hoffnung in diesem Sinne gab uns die am 6. April stattgefundene Versammlung, die einen sehr begeisterten Verlauf nahm. Kollege Sauer hielt einen Vortrag über das Wesen der Organisation, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach einer sehr lebhaften Diskussion hatten wir die Freude, eine größere Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen zu können. Wir erwarten von ihnen, daß sie für alle Zukunft treue Verbandskollegen und tapfere Mitkämpfer bleiben werden. Christliche Metallarbeiter von Schweidnitz! Nun einmal aufgewacht, schließt die Reihen, indem ihr alle eurer vornehmsten Pflicht als Arbeiter nachkommt und in den christlichen Metallarbeiter-Verband eintrittet. Eine Besserung unserer Verhältnisse haben wir auch hier notwendig und dazu bedürfen wir einer starken Organisation. Ohne Saat keine Ernte und ohne Einigkeit kein Erfolg. Hoch die Solidarität in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Gürzenich. Von dem Vorstand des Ortsvereins der S.-D. Metallarbeiter in Gürzenich erhalten wir folgende Berichtigung: In Nr. 15 des „Deutschen Metallarbeiter“, Duisburg, steht, daß der Ortsverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Gürzenich verschwunden sei, der vor zwei Jahren 130 Mitglieder gezählt habe. Es entspricht das nicht den Tatsachen. Vor zwei Jahren hatte unser Ortsverein 62 Mitglieder und zählt heute 41 Mitglieder. Folgen die Unterschriften. Wenn sich der dortige Kirch-Dumfriesche Ortsverein allerdings so weiter nach unten entwickelt, wird es genau ausgerechnet noch 4 Jahre dauern, bis er ganz verschwunden ist.

Briefkasten. An verschiedene Anfrager. Von der Zentrale sind alle Markenorten zu beziehen; selbstverständlich auch Lokalfondsmarken zu 10 Pfg. Am einfachsten ist jedoch die Einführung von Einheitsmarken, wie ja auch heute schon die meisten Mitglieder die Einheitsmarke von 60 Pfg. einkleben.

Nach Flensburg und sonstige Orte. Invalide Mitglieder zahlen laut Statut jeden Monat einen Wochenbeitrag. Dafür werden die gewöhnlichen Beitragsmarken verwendet.

Kollege G., Landsberg a. Sach. Wenn der Ganleiter Engner vom freien Met. Verb. nichts Besseres in Landsberg zu tun hat, als über christliche Gewerkschaftsführer zu rasonieren, dann sollte der Mann doch besser zu Hause auf der Härenhaut liegen bleiben. Denn damit war den dortigen Arbeitern ebenso gut geholfen wie mit grund- und nutzlosen Verdächtigungen der Gegner.

Kollege S. Siegerland. War schon besorgt. Die „guten Katholiken“, wie sie vom Regulator genannt werden, machen sich nur lächerlich. Verwecheln das 8. mit dem 9. Gebot und setzen von einer Enzyklika „rerum novarum“ vom Jahr 1900, während es nur eine Enzyklika „rerum novarum“ vom Jahre 1891 gibt.

Zentralfrankengeld-Zusatzfrage der kath. Arbeitervereine und christl. Berufsverbände Deutschlands. Einladung zur 5. ordentl. General-Versammlung zu Oberfeld am 20. und 21. Mai 1907. Tages-Ordnung: a) Konstituierung der General-Versammlung.

Zünftige Dreher sowie **Schlosser** für den Motorenbau werden sofort bei hoher Löhne für dauernde Beschäftigung gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen erfolgt nach achtwöchentlicher Tätigkeit Vergütung um 100%. **A. Gork & Cie., Motorenwagenwerke, Atriengeellschaft, Zwickau i. Sa.**

Zünftige Blechner welche auf Weißblech arbeiten bewandert sind, finden bei hohem Löhne dauernde Stellung. (Verheiratete bevorzugt.) Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit man zur Weiterbeförderung unter **J. K. F.** an die Zentralkasse unseres Verbandes richten.

Zünftige Armaturenschlosser welche in Gas- und Wasserarmaturen bewandert sind, finden bei hohem Lohn dauernde Stellung. (Verheiratete bevorzugt.) Offerten besetze man unter **J. K. F.** an die Zentralkasse unseres Verbandes zu richten.

Sammlung. b) Bericht des Zentralvorstandes und des Ausschusses. c) Neuwahl des Ausschusses und des Zentralvorstandes. d) Beratung und Beschlussfassung über die gestellten Anträge.

Düsseldorf, den 3. April 1907.
Der Ausschuss. Der Zentralvorstand.

Machen. Von den hier in Machen und Umgebung liegenden Zahlstellen der Düsseldorfer Krankenkasse ist für die in Oberfeld stattfindende General-Versammlung der Kassierer der Zahlstelle Machen **Leon. Grenz, Poststraße 55, als Delegierter** aufgestellt worden.

Arbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine Mannheim.

Durch den Vorschlag der christl. Arbeiterbewegung, welche jetzt auch im Industriebezirk Mannheim-Ludwigshafen Platz greift, sah sich das dortige Ortskartell veranlaßt, einen Arbeitsnachweis zu errichten und zwar für alle Berufe. Nun müssen alle christlich organisierten Kollegen ganz besonders unsere Metallarbeiter, davon Gebrauch machen. Vermittlung wird erteilt auf dem Büro des christlichen Gewerkschaftskartells Mannheim G. 2. 13. von 11—1 Uhr vormittags und 5—7 Uhr nachmittags durch Gewerkschaftssekretär **T r e m e l**.

Versammlungs-Kalender.

- Barmen.** Jeden 2. Samstag im Monat abends 9 Uhr Delegierten-, Vertrauensmänner-, Vorstandssitzung, woran auch selbst Mitglieder teilnehmen können. — Jeden 4. Sonntag i. M. morgens 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Dappen, Oberbörne.
- Gelsenkirchen-Hüllen.** Sonntag, den 5. Mai, vormittags 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Brog.
- Gelsenkirchen-Dulke.** Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Wesebe.
- Gedderuheim.** Jeden ersten Montag im Monat abends neun Uhr Mitgliederversammlungen und zwar wie bisher im Lokal „Kamracastell“ bei Wirt Weinand, Castelfstraße.
- Heideberg.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat abends 7,9 Uhr im Restaurant Loibel, Mohrbacherstraße 47.
- Summigrath.** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat Mitgliederversammlung im Restaurant Franz Odenbach.
- Kiel.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat abends 9 1/2 Uhr im Vereinslokal Kleine Börse.
- Kalk.** Donnerstag (Christi Himmelf.) den 9. Mai nachmittags 2 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Schorod Hauptstraße. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht. Arbeitsnachweis muß ein jeder Kollege sein Mitgliedsbuch mitbringen. **Ludwigshafen a. Rh.** Unsere Mitgliederversammlung finden jeweils am 1. und 3. Samstag im Monat bei Mehr, Mohrbacher 22 statt und zwar die nächste am 4. Mai. Mehrere Kollegen Futterrecht-Mannheim. Erscheint pünktlich und zahlreich um 8 1/2 Uhr.
- Münster.** Sonntag, den 4. Mai abends 8 Uhr außerordentliche Generalversammlung im goldenen Anker, Schillerstr. 2. Tagesordnung: Beitragserschöpfung. Alle Bücher sind bis dahin die Bibliothek zurück zu geben behufs Revision!
- Mainz.** Am 11. Mai hält die Ortsgruppe ihre Monatsversammlung Emmerstraße 12 ab.
- Nieder-Elsche.** Sonntag, den 5. Mai, nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Gastwirt Poggel. Einorganisierte Kollegen mit eingeführt werden.
- Seide.** Samstag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr bei G. wirt Sommer.
- Overhausen.** Sonntag, den 12. Mai, bei Dehler, Marktstraße nachm. 4 1/2 Uhr mit Frauen. Referent Franz.
- Ostberg.** Donnerstag, 9. Mai (Christi Himmelfahrt), nachm. 3 1/2 Uhr bei So. Heilmann in Bigge, Versammlung. Referent Kollege Reiter: vor.
- Olpe i. Westf.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat vorm. 10 1/2 Uhr bei Geschwister Kemper.
- Wirmasens.** Jeden ersten Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr bei Horn, Löwenbrunnstraße.
- Pforzheim.** Die Adresse unseres neu gewählten Kassierers ist: G. W. Heischwerdt, Lüttenstraße 33, Hinterhaus. Wandunterstützung wird ausbezahlt mittags von 12 bis 1 Uhr abends von 6 bis 8 Uhr.
- Wettenberg.** Sonntag, 5. Mai, nachm. 5 Uhr bei Sch. öffentliche Metallarbeiterversammlung. Referent: Kollege Wäld.